

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.: 4177

LEITZ

1080 Leitz R 80

Dok. O.

IX

Teil 1

Seiten 1-116

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01

Nr.:

34

17s 1.64 (RSHA)



Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
IV C 2 Allg. Nr. 4865/40 g

Berlin, den 2. Januar 1941

Geheim!

Eing.-Stempel
Sta.-Pol.-Leitst.
Düsseldorf
15. Jan. 1941

An

- a) das Reichssicherheitshauptamt (Verteiler B),
- b) alle Staatspolizeileite und -stellen,
- c) alle Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD

Nachrichtlich an

- d) alle Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD
- e) den Inspekteur der Konzentrationslager
(mit 15 Abdrucken für die Lagerkommandanten),
- f) die Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau und Prag.

Betrifft: Einstufung der Konzentrationslager.

Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat seine Zustimmung zu der Einteilung der Konzentrationslager in verschiedene Stufen, die der Persönlichkeit des Häftlings und dem Grad der Gefährdung für den Staat Rechnung tragen, erteilt. Danach werden die Konzentrationslager in folgende Stufen eingeteilt:

- Stufe I:** Für alle wenig belasteten und unbedingt besserungsfähigen Schutzhäftlinge, außerdem für Sonderfälle und Einzelhaft,
die Lager: Dachau,
Sachsenhausen und
Auschwitz I.
(Letzteres kommt auch zum Teil für Stufe II in Betracht.)
- Stufe Ia:** Für alle alten und bedingt arbeitsfähigen Schutzhäftlinge, die noch im Heilkräutergarten beschäftigt werden können,
das Lager: Dachau.
- Stufe II:** Für schwerer belastete, jedoch noch erziehungs- und besserungsfähige Schutzhäftlinge,
die Lager: Buchenwald,
Flossenbürg,
Neuengamme und
Auschwitz II.
- Stufe III:** Für schwer belastete, insbesondere auch gleichzeitig kriminell vorbestrafte und asoziale, d. h. kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge,
das Lager: Mauthausen.

Ausgenommen von der Einweisung in die unter Ia angeführte Stufe sind alte und arbeitsunfähige Häftlinge, bei denen eine Krankenbehandlung erforderlich ist, und die deshalb in der hierfür vorgesehenen Abteilung des betreffenden Konzentrationslagers bleiben bzw. bei schwereren Fällen in die Krankenabteilung des Konzentrationslagers Sachsenhausen übergeführt werden müssen.

Von einer Umgruppierung des Häftlingsbestandes nach der neuen Stufeneinteilung innerhalb der Lager muß wegen der z. Z. laufenden Maßnahmen zur Durchführung des Häftlingseinsatzes vorerst noch abgesehen werden. Neue Einweisungen werden dagegen künftig nach der Stufeneinteilung vorgenommen werden.

Ich ersuche daher, in Zukunft bei allen Anträgen auf Schutzhaftanordnung und Überführung in ein Konzentrationslager unter Berücksichtigung der Persönlichkeit des Schutzhäftlings und des Grades der Gefährdung des Staates durch den Häftling gleichzeitig Vorschläge hinsichtlich der Lagerstufe zu machen. Ich mache es dabei zur Pflicht, daß das gesamte politische und kriminelle Vorleben, Vorstrafen, Führung seit der Machtübernahme usw. zugrunde gelegt werden und insbesondere Anträge auf Einweisung in die Stufe III in jedem Einzelfalle besonders eingehend begründet werden.

Dieser Erlass ist für die Kreis- und Ortspolizeibehörden nicht bestimmt.

gez. Heydrich.

• Oberkommando der Wehrmacht
WFST/Abt. L (IV/Qu)
44125/41 g.K.Chefs.
Geheime Kommandosache
Chefsache!
Nur durch Offiziere!

F.H.Qu., den 13. März 1941

5 Ausfertigungen
4. Ausfertigung

Bezug: WFSt/Abt.L (I) Nr. 33408/40
g.K.Chefs. v.18.12.40

Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung Nr. 21
(Fall Barbarossa)

I. Operationsgebiet und vollziehende Gewalt.

1.) In Ostpreußen und im Generalgouvernement werden spätestens 4 Wochen vor Operationsbeginn durch OKW die innerhalb der Wehrmacht für ein Operationsgebiet gültigen Befehlsbefugnisse und Bestimmungen für die Versorgung in Kraft gesetzt werden. Vorschlag legt OKH zeitgerecht nach Einvernehmen mit Ob.d.L. vor!

Eine Erklärung Ostpreußens und der Generalgouvernements zum Operationsgebiet des Heeres ist nicht beabsichtigt. Dagegen ist der Ob.d.H. auf Grund der nichtveröffentlichten Führer-erlasse vom 19. und 21.10.1939 berechtigt, diejenigen Maßnahmen anzuordnen, die zur Durchführung seines militärischen Auftrages und zur Sicherung der Truppe notwendig sind. Diese Ermächtigung kann er auf die Oberfehlshaber der Heeresgruppen und Armeen weiter übertragen. Derartige Anordnungen gehen allen anderen Obliegenheiten und den Weisungen ziviler Stellen vor.

2.) Das im Zuge der Operationen zu besetzende russische Gebiet soll, sobald der Ablauf der Kampfhandlungen es erlaubt, nach besonderen Richtlinien in Staaten mit eigenen Regierungen aufgelöst werden. Hieraus folgert:

a) Das mit dem Vorgehen des Heeres über die Grenzen des Reiches und der Nachbarstaaten gebildete Operationsgebiet des Heeres ist der Tiefe nach soweit als möglich zu beschränken. Der Ob.d.H. hat die Befugnis, in diesem Gebiet die vollziehende Gewalt auszuüben mit der Ermächtigung sie auf die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen zu übertragen.

b) Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültigen

auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung. Im übrigen wird die dem Ob.d.H. und den von ihm beauftragten Dienststellen übertragene vollziehende Gewalt hierdurch nicht berührt. Der Reichsführer SS sorgt dafür, daß bei Durchführung seiner Aufgaben die Operationen nicht gestört werden. Näheres regelt das OKH mit dem Reichsführer SS unmittelbar.

c) Sobald das Operationsgebiet eine ausreichende Tiefe erreicht hat, wird es rückwärts begrenzt. Das neubesetzte Gebiet rückwärts des Operationsgebietes erhält eine eigene politische Verwaltung. Es wird entsprechend den volkstumsmäßigen Grundlagen und in Anlehnung an die Grenzen der Heeresgruppen zunächst in Nord (Baltikum), Mitte (Weißrußland), und Süd (Ukraine), unterteilt. In diesen Gebieten geht die politische Verwaltung auf Reichskommissare über, die ihre Richtlinien vom Führer empfangen.

3. Zur Durchführung aller militärischer Aufgaben in den politischen Verwaltungsgebieten rückwärts des Operationsgebietes werden Wehrmachtsbefehlshaber eingesetzt, die dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unterstehen.

Der Wehrmachtsbefehlshaber ist der oberste Vertreter der Wehrmacht in dem betreffenden Gebiet und übt die militärischen Hoheitsrechte aus. Er hat die Aufgaben eines Territorialbefehlshabers und die Befugnisse eines Armee-Oberbefehlshaber bzw. kommandieren Generals.

In dieser Eigenschaft obliegen ihm vor allem folgende Aufgaben:

- a) Enge Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar, um ihn in seiner politischen Aufgabe zu unterstützen.
- b) Ausnutzung des Landes und Sicherung seiner wirtschaftlichen Werte für die Zwecke der deutschen Wirtschaft (s. Ziff. 4).
- c) Ausnutzung des Landes für die Versorgung der Truppe nach den Anforderungen des O.K.H.
- d) Militärische Sicherung des gesamten Gebietes, vor allem der Flughäfen, Nachschubstraßen und Nachschubeinrichtungen gegen Aufruhr, Sabotage und feindliche Fallschirmgruppen.
- e) Straßenverkehrsregelung.
- f) Regelung der Unterkunft für Wehrmacht, Polizei und Organisationen, für Kriegsgefangene, sofern sie in den Verwaltungsgebieten bleiben.

Gegenüber den zivilen Dienststellen hat der Wehrmachtsbefehlshaber das Recht, die Maßnahmen anzuordnen, die zur Durchführung der militärischen Aufgaben erforderlich sind. Seine Anordnungen auf

264

diesem Gebiet gegen allen anderen, auch denen der Reichskommissare vor.

Dienstanweisung, Aufstellungsbefehl und Anweisungen über die Zuteilung der erforderlichen Kräfte folgen gesondert.

Der Zeitpunkt der Befehlsübernahme durch die Wehrmachtsbefehlshaber wird befohlen werden, sobald die militärische Lage einen Wechsel in den Befehlsverhältnissen ohne Störung der Operationen zuläßt. Bis dahin bleiben die vom OKH eingesetzten Dienststellen nach denselben Grundsätzen, wie sie für die Wehrmachtsbefehlshaber festgelegt sind, in Tätigkeit.

4.) Mit der einheitlichen Leitung der Wirtschaftsverwaltung im Operationsgebiet und in den politischen Verwaltungsgebieten hat der Führer den Reichsmarschall beauftragt, der diese Aufgaben dem Chef des WiRü Amtes übertragen hat. Besondere Richtlinien hierzu ergehen vom OKW/WiRü Amtes über

5.) Die Masse der Polizeikräfte wird den Reichskommissaren unterstellt. Forderungen auf Unterstellung von Polizeikräften im Operationsgebiet werden vom O.K.H. frühzeitig an OKW/WFStab/Abt. Landesverteidigung erbeten.

6.) Das Verhalten der Truppe gegenüber der Bevölkerung und die Aufgaben der Wehrmachtsgerichte werden gesondert geregelt und befohlen werden.

II. Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehr

7.) Für die vor Beginn der Operationen erforderlichen Maßnahmen zur Beschränkung des Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehrs nach Rußland ergehen durch OKW/WFSt besondere Richtlinien.

8.) Mit Beginn der Operationen ist die deutsch-sowjetische Grenze später die rückwärtige Grenze des Operationsgebietes durch den Ob.d.H. für jeden nichtmilitärischen Personen-, Waren- und Nachrichtenverkehr mit Ausnahme der vom Reichsführer SS nach Weisung des Führers einzusetzenden Polizeiorgane, zu sperren. Unterkunft und Versorgung dieser Organe regelt OKH-Gen.Qu., der hierzu beim Reichsführer SS die Abstellung von Verbindungsoffizieren anfordern kann.

Die Grenzsperre erstreckt sich auch auf leitende Persönlichkeiten und Beauftragte der Obersten Reichsbehörden und Dienststellen der Partei. OKW/WFSt wird die Obersten Reichsbehörden und Parteidienststellen dementsprechend benachrichtigen. Über Ausnahmen von dieser Grenzsperre entscheiden der Ob.d.H. und die von ihm beauftragten Dienststellen.

Von den für die Polizeiorgane des Reichsführers SS nötigen Sonderregelungen abgesehen, sind Anträge auf Einreisegenehmigungen ausschließlich an den Ob.d.H. zu leiten.

III. Richtlinien für Rumänien, Slowakei, Ungarn und Finnland

- 9.) Die erforderlichen Vereinbarungen mit diesen Staaten werden entsprechend den Anträgen der Oberkommandos vom OKW in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt getroffen. Soweit darüber hinaus im weiteren Verlauf der Operationen besondere Rechte sich als notwendig erweisen sollten, sind sie beim OKW zu beantragen.
- 10.) Polizeiliche Maßnahmen zum unmittelbaren Schutz der Truppe sind, unabhängig von der Übertragung besonderer Rechte, zulässig. Weitere Anordnungen hierüber ergehen später.
- 11.) Besondere Anordnungen für den Bereich dieser Staaten über:
Beschaffung von Verpflegung und Futtermitteln, Unterkunft und Gerät,
Ankauf und Warenversand,
Geldversorgung und Zahlungsregelung,
Besoldung,
Schadenersatzansprüche,
Post- und Telegrafendienst,
Verkehrswesen,
Gerichtsbarkeit,
folgen später.

Wünsche der Wehrmachtteile und Dienststellen des OKW auf diesen Gebieten an die Regierungen dieser Länder sind dem OKW/WFSt/Abt. Landesverteidigung bis zum 27. März 1941 anzumelden.

IV! Richtlinien für Schweden

- 12.) Da Schweden lediglich Durchmarschgebiet werden kann, sind für den Befehlshaber der deutschen Truppen keine besonderen Befugnisse vorgesehen. Er ist jedoch berechtigt und verpflichtet, den unmittelbaren Schutz der Eisenbahntransporte gegen Sabotageakte und Angriffe sicher zu stellen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
Keitel

Verteiler:

Ob.d.H.	1. Ausfertigung
Ob.d.M.	2. Ausfertigung
R.d.L. u. Ob.d.L.	3. Ausfertigung
W.F.St.	4. Ausfertigung
Abt.L.	5. Ausfertigung

26. März 1941

25

Geheim

Oberkommando des Heeres
Gen.St.d.H./Gen.Qu.

[Die Durchführung besonderer sicherheitspolizeilicher Aufgaben außerhalb der Truppe macht den Einsatz von Sonderkommandos der Sicherheitspolizei (SD) im Operationsgebiet erforderlich. Mit Zustimmung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD wird der Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Operationsgebiet wie folgt geregelt:

1. Aufgaben

a) Im rückwärtigen Armeegebiet:

Sicherstellung vor Beginn von Operationen festgelegter Objekte (Material, Archive, Karteien von reichs- oder staatsfeindlichen Organisationen, Verbänden, Gruppen usw.) so wie besonders wichtiger Einzelpersonen (führende Emigranten, Saboteure, Terroristen usw.).

Der Oberbefehlshaber der Armee kann den Einsatz der Sonderkommandos in Teilen des Armeegebiets ausschließen, in denen durch den Einsatz Störungen der Operationen eintreten können.

b) Im rückwärtigen Heeresgebiet:

Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen, soweit sie nicht der feindlichen Wehrmacht eingegliedert sind, sowie allgemeine Unterrichtung der Befehlshaber der rückwärtigen Heeresgebiete über die politische Lage.

Für die Zusammenarbeit mit den Abwehroffizieren bzw. Abwehrstellen gelten sinngemäß die mit der Abwehrabteilung des Reichskriegsministeriums am 1. Januar 1937 gemeinsam aufgestellten "Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen der Geheimen Staatspolizei und den Abwehrstellen der Wehrmacht".

2. Zusammenarbeit zwischen den Sonderkommandos und den militärischen Kommandobehörden im rückwärtigen Armeegebiet (zu 1a). Die Sonderkommandos der Sicherheitspolizei (SD) führen ihre Aufgaben in eigener Verantwortlichkeit durch. Sie sind den Armeen hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung unterstellt. Disziplinare und gerichtliche Unterstellung unter den Chef der SP und des SD werden hierdurch nicht berührt. Sie erhalten ihre fachlichen Weisungen vom Chef

der SP und des SD und sind bezüglich ihrer Tätigkeit gegebenenfalls einschränkende Anordnungen der Armee (s.Ziffer 1a) unterworfen.

Für die zentrale Steuerung dieser Kommandos wird im Bereich jeder Armee ein Beauftragter des Chefs der SP und des SD eingesetzt. Dieser ist verpflichtet, die ihm vom Chef der SP und des SD zugegangenen Weisungen dem Oberbefehlshaber der Armee rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. Der militärische Befehlshaber ist berechtigt, an den Beauftragten Weisungen zu geben, die zur Vermeidung von Störungen der Operationen erforderlich sind; sie gehen allen übrigen Weisungen vor. Die Beauftragten sind auf ständige enge Zusammenarbeit mit dem I c angewiesen; Abstellung eines Verbindungsbeamten des Beauftragten zum I c kann von den Kommandobehörden gefordert werden. Der I c hat die Aufgaben der Sonderkommandos mit der militärischen Abwehr, der Tätigkeit der Geh.Feldpol. und den Notwendigkeiten der Operationen in Einklang zu bringen. Die Sonderkommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmaßnahmen zu treffen. Sie sind hierbei zu engster Zusammenarbeit mit der Abwehr verpflichtet. Maßnahmen, die sich auf die Operationen auswirken können, bedürfen der Genehmigung des Obfh. der Armee.]

3. Zusammenarbeit zwischen den Einsatzgruppen bzw. -kommandos der Sicherheitspolizei (SD) und dem Befehlshaber im rückwärtigen Heeresgebiet (zu 1b). (Wortlaut wie unter 2, lediglich unter Anführung der dort geltenden, anderen Dienststellenbezeichnungen.)
4. Abgrenzung der Befugnisse zwischen Sonderkommandos, Einsatzkommandos und Einsatzgruppen und der Geh.Feldpol.
Die Abwehrpolitischen Aufgaben innerhalb der Truppe und der unmittelbare Schutz der Truppe bleiben alleinige Aufgabe der Geh.Feldpol. Alle Angelegenheiten dieser Art sind von den Sonderkommandos bzw. Einsatzgruppen und -kommandos sofort an die Geh.Feldpol. abzugeben, wie umgekehrt die^{se} alle Vorgänge aus dem Aufgabenbereich der Sonderkommandos ungesäumt an die Sonderkommandos bzw. Einsatzgruppen und -kommandos abzugeben hat. Im übrigen gilt auch hierfür das Abkommen vom 1. Januar 1937 (s.Ziffer 1).

527
81

Militär geschichtl. Forschungsamt
Dokumenten zentrale

OKW/WFSt/LIV

Chefsachen Barbarossa
(Februar - Mai 1941)

III W 59/1

Geheim

H.Qu. OKM., den 4. April 1942

42

OKM/Abw.
Abw. I. H. H.
-8. APR. 1942
III. 8636/44/4

- 1. Aufl. -

An

Chef der Sicherheitspolizei und des SS
Herrn SS-Gruppenführer Heydrich

Beiliegend wird der Befehlsskizzen zum Einsatz der Sonderkommandos und Einsatzgruppen bzw. -kommandos im Operationsgebiet mit der Bitte um Mitprüfung und Einverständniserklärung sandt.

I.A.

Nachrichtlich:

OKM/Abw.

z.Hd. Herrn Admiral Canaris

OKM/L

z.Hd. Herrn Generalmajor Warlimont

1) Anordnung der Einsatzgruppen f. das Operationsgebiet.

2) Anordnung der Einsatzgruppen f. das Operationsgebiet (Anordnung der Einsatzgruppen f. das Operationsgebiet).

H.Qu. OKH, den 26. März 1941

Kommando des Heeres

Gen St d E/Gen Qu

Bew.

Friedsverwaltung

Nr. II/ /41 geh.

Geheim

d. 6. 41

Betr.: Regelung des Einsatzes der Sicherheitspolizei und des SD im Verbands des Heeres.

Die Durchführung besonderer sicherheitspolizeilicher Aufgaben ausserhalb der Truppe macht den Einsatz von Sonderkommandos der Sicherheitspolizei (SD) im Operationsgebiet erforderlich.

Mit Zustimmung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD wird der Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD im Operationsgebiet wie folgt geregelt:

1. Aufgaben:

a) Im rückw. Armeegebiet:

Sicherstellung vor Beginn von Operationen festgelegter Objekte (Material, Archive, Karteien von reichs- oder staatsfeindlichen Organisationen, Verbänden, Gruppen usw.) sowie besonders wichtiger Einzelpersonen (Führende Emigranten, Saboteure, Terroristen usw.).

Der Oberbefehlshaber der Armee kann den Einsatz der Sonderkommandos in Teilen des Armeegebietes ausschliessen, in denen durch den Einsatz Störungen der Operationen eintreten können.

b) Im rückw. Heeresgebiet:

Erforschung und Bekämpfung der staats- und reichsfeindlichen Bestrebungen, soweit sie nicht der feindlichen Wehrmacht eingegliedert sind, sowie allgemeine Unterrichtung der Befehlshaber der rückw. Heeresgebiete über die politische Lage.

Für die Zusammenarbeit mit den Abwehroffizieren bzw. Abwehrstellen gelten sinngemäss die mit der Abwehrabteilung RKM am 1. 1. 37 gemeinsam aufgestellten "Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen der Geheimen Staatspolizei und den Abwehrstellen der Wehrmacht".

2.

Zulage zu Dr. 104/11/101

2. Zusammenarbeit zwischen den Sonderkommandos und den militärischen Kommandobehörden im rückw. Armeegebiet (zu 1. a).

Die Sonderkommandos der Sicherheitspolizei (SD) führen ihre Aufgaben in eigener Verantwortlichkeit durch. Sie sind den Armeen hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung unterstellt. Diszipliniere und gerichtliche Unterstellung unter den Chef der SP und des SD werden hierdurch nicht berührt. Sie erhalten ihre fachlichen Weisungen vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD und sind bezüglich ihrer Tätigkeit gegebenenfalls einschränkende Anordnungen der Armeen (s. Ziff. 1. a) unterworfen.

Für die zentrale Steuerung dieser Kommandos wird in Bereich jeder Armee ein Beauftragter des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD eingesetzt. Dieser ist verpflichtet, die ihm vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD zugewiesenen Weisungen dem Oberbefehlshaber der Armee rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. Der militärische Befehlshaber ist berechtigt, an den Beauftragten Weisungen zu geben, die zur Vermeidung von Störungen der Operationen erforderlich sind, sie gehen allen übrigen Weisungen vor.

Die Beauftragten sind auf ständige enge Zusammenarbeit mit dem I c angewiesen; Abstellung eines Verbindungsbeamten des Beauftragten zum I c kann von den Kommandobehörden gefordert werden. Der I c hat die Aufgaben der Sonderkommandos mit der militärischen Abwehr, der Tätigkeit der GFP und den Notwendigkeiten der Operationen in Einklang zu bringen.

Die Sonderkommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrags in eigener Verantwortung gegenüber der Zivilbevölkerung Exekutivmassnahmen zu treffen. Sie sind hierbei zu engster Zusammenarbeit mit der Abwehr verpflichtet. Massnahmen, die sich auf die Operationen auswirken können, bedürfen der Genehmigung des Oberbefehlshabers der Armee.

3. Zusammenarbeit zwischen den Einsatzgruppen bezw. -kio. der SP (SD) und dem Befehlshaber im rückw. Heeresgebiet (zu 1. b) :

Im rückw. Heeresgebiet werden Einsatzgruppen und Einsatzkommandos

kommandos der SP(SD) eingesetzt. Sie unterstehen dem Beauftragten des Chefs der SP und des SD beim Befehlshaber des rückw. Heeresgebietes und sind ihm hinsichtlich Marsch, Unterkunft und Versorgung unterstellt.

Sie erhalten ihre fachlichen Weisungen vom Chef der SP und des SD.

Zur Befehlsübermittlung bedienen sie sich, falls keine anderen Nachrichtenmittel verfügbar sind, des Funkweges mit eigenen Geräten und besonderen Schlüsselmitteln. Die Frequenzzuteilung regelt Chef HNW.

Der Beauftragte und gegebenenfalls die Kommandoführer der Einsatzkommandos bei den Sicherungsdivisionen sind verpflichtet, die ihnen zugegangenen Weisungen den militärischen Befehlshabern rechtzeitig zur Kenntnis zu bringen. Bei Gefahr im Verzuge ist der Befehlshaber im rückw. Heeresgebiet berechtigt, einschränkende Weisungen zu erteilen, die allen übrigen Weisungen vorgehen.

Die Einsatzgruppen bzw. -Kommandos sind berechtigt, im Rahmen ihres Auftrages in eigener Verantwortung Exekutivmassnahmen gegenüber der Zivilbevölkerung zu treffen.

Sie sind zu engster Zusammenarbeit mit der Abwehr verpflichtet.

4. Abgrenzung der Befugnisse zwischen Sonderkommandos, Einsatzkommandos und Einsatzgruppen und GFP

Die abwehrpolizeilichen Aufgaben innerhalb der Truppe und der unmittelbare Schutz der Truppe bleiben alleinige Aufgabe der GFP. Alle Angelegenheiten dieser Art sind von den Sonderkommandos bzw. Einsatzgruppen und -Kommandos sofort an die Geheime Feldpolizei abzugeben, wie umgekehrt diese alle Vorgänge aus dem Aufgabenbereich der Sonderkommandos ungesäumt an die Sonderkommandos bzw. Einsatzgruppen und Einsatzkommandos abzugeben hat. Im übrigen gilt auch hierfür das Abkommen vom 1.1.37 (s. Ziff. 1).

I. A.

Der Führer
und Oberste Befehlshaber
der Wehrmacht.

Führerhauptquartier, d. 13. Mai 1941.

Erlass.

über die Ausübung der Kriegsgerichts-
barkheit im Gebiet "Barbarossa"
und über besondere Massnahmen der Truppe.

Die Wehrmachtgerichtsbarkeit dient in erster
Linie der Erhaltung der Kampfkraft.

Die weite Ausdehnung der Operationsräume im
Osten, die Form der dadurch gebotenen Kampfesfüh-
rung und die Besonderheit des Gegners stellen die
Wehrmachtgerichte vor Aufgaben, die sie während des
Verlaufs der Kampfhandlungen und bis zur ersten Be-
friedung des eroberten Gebietes bei ihrem geringen
Personalbestand nur zu lösen vermögen, wenn sich die
Gerichtsbarkeit zunächst auf ihre Hauptaufgabe
beschränkt.

Dies ist nur möglich, wenn die Truppe selbst sich
gegen jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbe-
völkerung schonungslos zur Wehr setzt.

Demgemäss wird für den Raum "Barbarossa" (Opera-
tionsgebiet, rückwärtiges Heeresgebiet und Gebiet
der politischen Verwaltung) folgendes bestimmt:

I.

Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilper-
sonen.

1. Straftaten feindlicher Zivilpersonen sind der
Zuständigkeit der Kriegsgerichte und der Standge-
richte bis auf weiteres entzogen.
2. Freigeiseltote sind durch die Truppe im Kampf
oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen.
3. Auch alle anderen Angriffe feindlicher Zivil-
personen gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen und
das Gefolge sind von der Truppe auf der Stelle mit
den zur Verfügung stehenden Mitteln bis zur Vernichtung des An-
griffers niedersukämpfen.

BDC - OKW - 1613

— 4. —

- 2 -

4. Wo Massnahmen dieser Art veranlaßt wurden od. . . zu-
nächst nicht möglich waren, werden verdächtige Ele-
mente sofort einen Offizier vorgeführt. Dieser
entscheidet, ob sie zu erschossen sind.

Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinter-
listig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden
unverzüglich auf Anordnung eines Offiziers in der
Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw.-Komman-
deurs kollektive Gewaltmassnahmen durchgeführt, wenn
die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter
nicht gestatten.

5. Es wird ausdrücklich verboten, verdächtige Täter zu
verwahren, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbar-
keit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben.

6. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen können im
Einvernehmen mit den zuständigen Befehlshabern der
Luftwaffe und der Kriegsmarine die Wehrmachtgerichts-
barkeit über Zivilpersonen dort wieder einführen, wo
das Gebiet ausreichend befriedet ist.

Für das Gebiet der politischen Verwaltung ergeht
diese Anordnung durch den Chef des Oberkommandos der
Wehrmacht.

II.)

Behandlung der Straftaten von Angehörigen der
Wehrmacht und des Gefolges gegen Landeseinwohner.

1. Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und
des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen,
besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die
Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vorgehen
ist.

2. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder
Verfahrenslage zu berücksichtigen, dass der Zusammen-
bruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deut-
schen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus
mit den schliesslichen Blutopfern der Bewegung entscheidend
auf bolschewistische Einflüsse zurückzuführen war und
dass kein Deutscher dies vergessen hat.

3. Der Gerichtsherr prüft daher, ob in solchen Fällen
eine disziplinarische Ändung angezeigt oder ob ein gericht-

liches

- 2 -

4. Wo Massnahmen dieser Art veranlaßt wurden oder zum mindesten nicht möglich waren, werden verdächtige Elemente sofort einen Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob die zu erschossen sind.

Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinterlistig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf Anordnung eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Battillons- u. a. Kommandeure kollektive Gewaltmassnahmen durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten.

5. Es wird ausdrücklich verboten, verdächtige Täter zu verhaften, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben.

6. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen können in Einvernehmen mit den zuständigen Befehlshabern der Luftwaffe und der Kriegsmarine die Wehrmachtgerichte über Zivilpersonen dort wieder einführen, wo das Gebiet ausreichend befriedet ist.

Für das Gebiet der politischen Verwaltung ergeht diese Anordnung durch den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht.

II.)

Behandlung der Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht und des Gefolges gegen Landeseinwohner.

1. Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.

2. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, dass der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den schlüssen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einflüsse zurückzuführen war und dass kein Deutscher dies vergessen hat.

3. Der Richtsherr prüft daher, ob in solchen Fällen eine disziplinarische Ändung angezeigt oder ob ein gericht-

liches

1946

75

16

- 3 -

liches Einschreiten notwendig ist. Der Gerichtsh. ordnet die Verfolgung von Taten gegen Landeseinwohner im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an, wenn es die Aufrechterhaltung der Nahrungszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert. Das gilt z.B. für schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen, einer verbrecherischen Veranlagung entspringen oder ein Anzeichen dafür sind, dass die Truppe zu verwildern droht. Nicht milder sind in der Regel zu beurteilen Straftaten, durch die sinnlos Unterkünfte sowie Vorräte oder anderes Beutegut zum Nachteil der eigenen Truppe vernichtet wurden.

Die Anordnung des Ermittlungsverfahrens bedarf in jedem einzelnen Fall der Unterschrift des Gerichtsherrn.

4. Bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Aussagen feindlicher Zivilpersonen ist maximale Vorsicht geboten.

III.

Verantwortung der Truppenbefehlshaber.

Die Truppenbefehlshaber sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit persönlich dafür verantwortlich,

1. dass sämtliche Offiziere der ihnen unterstellten Einheiten über die Grundsätze zu I rechtzeitig in der eindringlichsten Form belehrt werden,
2. dass ihre Rechtsberater von diesen Weisungen und von den mündlichen Mittellungen, in denen den Oberbefehlshabern die politischen Absichten der Führung erklärt worden sind, rechtzeitig Kenntnis erhalten,
3. dass nur solche Urteile bestätigt werden, die den politischen Absichten der Führung entsprechen.

IV.

Geheimhaltung

Mit der Enttarnung genießt dieser Erlass nur noch Geheimhaltung als Geheime Kommandosache.

In Auftrage

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. K o l t e l.

P. d. R.
[Signature]
Major d.G.

16
13
17

Militärgeschichtliches Forschungsamt

- Dokumentenzentrale -

III W 59/2

44/50

Geheime Kommandosache

Der Führer
und Oberste Befehlshaber
der Wehrmacht.

Anlage zu 32/41 G.Kdos. Chefs. NR. 1. Ausf.

Geheime Sache

Führerhauptquartier, den 19. Mai 1941.

Erlaß

Über die Ausübung der Kriegsgerichts-
barkeit im Gebiet "Barbarossa"

und über künftige Maßnahmen im Kriege.

Die Wehrmachtgerichtsbarkeit dient in erster Linie der
Erhaltung der Mannszucht.

Die weite Ausdehnung der Operationsräume im Osten, die
Form der dadurch gebotenen Kampfesführung und die Besonderheit
des Gegners stellen die Wehrmachtgerichte vor Aufgaben, die
sie während des Verlaufs der Kampfhandlungen und bis zur er-
sten Befriedung des eroberten Gebietes bei ihrem geringen Per-
sonalbestand nur zu lösen vermögen, wenn sich die Gerichtsbar-
keit zunächst auf ihre Hauptaufgabe beschränkt.

Das ist nur möglich, wenn die Truppe selbst sich gegen
jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbevölkerung schonungs-
los zur Wehr setzt.

Dementsprechend wird für den Raum "Barbarossa" (Operationsge-
biet, rückwärtiges Heeresgebiet und Gebiet der politischen Ver-
waltung) folgendes bestimmt:

I.

Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilpersonen

1. Straftaten feindlicher Zivilpersonen sind der Zuständig-
keit der Kriegsgerichte und der Standgerichte bis auf weiteres
entzogen.

2. Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf
der Flucht schonungslos zu erledigen.

3. Auch alle anderen Angriffe feindlicher Zivilpersonen gegen
die Wehrmacht, ihre Angehörigen und das Gefolge sind von
der Truppe auf der Stelle mit den äußersten Mitteln bis zur
Vernichtung des Angreifers niedersukämpfen.

4. Wo Maßnahmen dieser Art versäumt wurden oder zunächst
nicht möglich waren, werden tatverdächtige Elemente sogleich
einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu er-
schießen sind.

Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinte-
listig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf

BDC-OKW-1613

Anordnung eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw.-Kommandeurs kollektive G. Maßnahmen durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten.

5. Es wird ausdrücklich verboten, verdächtige Täter zu verfahren, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben.

6. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen können im Einvernehmen mit den zuständigen Befehlshabern der Luftwaffe und der Kriegsmarine die Wehrmachtgerichtsbarkeit über Zivilpersonen dort wieder einführen, wo das Gebiet ausreichend befriedet ist.

Für das Gebiet der politischen Verwaltung ergeht diese Anordnung durch den Oberbefehlshaber der Heeresgruppe im Einvernehmen mit den Oberbefehlshabern der anderen Wehrmachtteile.

II.

Behandlung der Straftaten von Angehörigen der Wehrmacht und des Gefolges gegen Landeseinwohner

1. Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.

2. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, daß der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen war und daß kein Deutscher dies vergessen hat.

3. Der Gerichtsherr prüft daher, ob in solchen Fällen eine disziplinare Ahndung angezeigt oder ob ein gerichtliches Einschreiten notwendig ist. Der Gerichtsherr ordnet die Verfolgung von Taten gegen Landeseinwohner im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an, wenn es die Aufrechterhaltung der Mannszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert. Das gilt z.B. für schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen, einer verbrecherischen Veranlagung entspringen oder ein Ansehen dafür sind, daß die Truppe zu verwildern droht. Nicht milder sind in der Regel zu beurteilen Straftaten, durch die sinnlos Unterkünfte sowie Vorräte oder anderes Beutegut zum Nachteil der eigenen Truppe vernichtet wurden.

6. 1. 1945
Befehlshaber
des Gefolges.

3. 1. 1945

- 3 -

Die Anordnung des Ermittlungsverfahrens bedarf in jedem einzelnen Fall der Unterschrift des Gerichtsherrn.

4. Bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Aussagen feindlicher Zivilpersonen ist Müßigkeit Vorsicht geboten.

III.

Verantwortung der Truppenbefehlshaber

Die Truppenbefehlshaber sind im Rahmen ihrer Zuständigkeit persönlich dafür verantwortlich

1. daß sämtliche Offiziere der ihnen unterstellten Einheiten über die Grundsätze zu I rechtseitig in der eindringlichsten Form belehrt werden,
2. daß ihre Rechtsberater von diesen Weisungen und von den mündlichen Mitteilungen, in denen den Oberbefehlshabern die politischen Absichten der Führung erläutert worden sind, rechtseitig Kenntnis erhalten,
3. daß nur solche Urteile bestätigt werden, die den politischen Absichten der Führung entsprechen.

IV.

Geheimschutz

Mit der Enttarnung genießt dieser Erlaß nur noch Geheimschutz als Geheime Kommandosache.

Im Auftrage

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht



Anmerkung: Für die Einhaltung der Bestimmungen soll möglichst sich der Jura-Abw. folgen

F. 1. 4.

Zusatzbefehl des OKH ("Disziplinar"-Erlaß)
(24. Mai 1941)

Der Oberbefehlshaber des Heeres

Hauptquartier OKH, den
24. Mai 1941

Gen.z.b.V.b.Ob.d.H.(Gr.R/Wes)

Nr. 80/41 g Kdos Chefs.

340 Ausfertigungen

133. Ausfertigung

Nach besonderem Verteiler

Betr.: Behandlung feindlicher Zivilpersonen und Straftaten
Wehrmachtsangehöriger gegen feindliche Zivilpersonen.

Nachstehender Führererlaß wird bekanntgegeben. Er ist schriftlich
bis zu den Kommandeuren mit eigener Gerichtsbarkeit zu verteilen,
darüberhinaus sind seine Grundsätze mündlich bekanntzugeben.

Zusätze zu I:

Ich erwarte, daß alle Abwehrmaßnahmen der Truppe zielbewußt
zur eigenen Sicherung und zur schnellen Befriedung gewonnenen
Gebiets durchgeführt werden. Der vielgestaltigen volkstums-
mäßigen Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Gesamteinstellung
und dem Maße ihrer Verhetzung wird Rechnung zu tragen sein.
Bewegung und Kampf mit der feindlichen Wehrmacht sind eigentliche
Aufgabe der Truppe. Sie verlangt vollste Sammlung und höchsten
Einsatz aller Kräfte. Diese Aufgabe darf an keiner Stelle in
Frage gestellt sein. Besondere Such- und Säuberungsaktionen
scheiden daher im allgemeinen für die kämpfende Truppe aus.
Die Richtlinien des Führers befaßten sich mit schweren Fällen
der Auflehnung, in denen schärfstes Durchgreifen geboten ist.
Straftaten geringerer Art sind je nach den Kampfverhältnissen
nach näherer Anordnung eines Offiziers (möglichst eines Orts-
kommandanten) durch Behelfsmaßnahmen zu sühnen (z.B. vorüber-
gehendes Festsetzen bei knapper Verpflegung, Anbinden, Heran-
ziehen zur Arbeiten).

Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppe bitte ich vor Wiederein-
führung der Wehrmachtsgerichtsbarkeit in befriedeten Gebieten
meine Zustimmung einzuholen. Die Oberbefehlshaber der Armeen
werden rechtzeitig Vorschläge in dieser Richtung zu machen haben.

Über die Behandlung politischer Hoheitsträger ergeht besondere
Regelung.

Zusätze zu II:

Unter allen Umständen bleibt es Aufgabe aller Wehrmachtsträger

willkürliche Ausschreitungen einzelner Heeresangehöriger zu verhindern und einer Verwilderung der Truppe rechtzeitig vorzubeugen. Der einzelne Soldat darf nicht dahin kommen, daß er gegenüber den Landeseinwohnern tut und läßt, was ihm gut dünkt, sondern er ist in jedem Falle gebunden an die Befehle seiner Offiziere. Ich lege besonderen Wert darauf, daß hierüber bis in die letzte Einheit Klarheit besteht. Rechtzeitiges Eingreifen jedes Offiziers, insbesondere jedes Kompanie-Chefs usw. muß mithelfen, die Manneszucht, die Grundlage unserer Erfolge, zu erhalten.

Vorgänge nach I und II, die von Bedeutung sind, sind von der Truppe als besondere Vorkommnisse an OKH zu melden.

gez. von Brauchitsch

6. 6. 41.

23

Militärgeschichtl. Forschungsamt
Dokumentenzentrale

OKW/WFSt L IV

Chefsachen "Barbarossa"

III W 59/3

Geheime Kommando

41

Oberkommando der Wehrmacht

WFSt/Abt. L (IV/Qu)

Nr. 44822/41 g.K.Chefs.

F.H.Qu., den 6.6.1941

20 Ausfertigungen

Ausfertigung

Im Nachgang zum Führererlass vom 14.5. über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet „Barbarossa“ (OKW/WFSt/Abt. L (IV/Qu) Nr. 44713/41 g.Kdos.Chefs.) werden anliegend „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ übersandt.

Es wird gebeten, die Verteilung nur bis zu den Oberbefehlshabern der Armeen bzw. Luftflottenchefs vorzunehmen und die weitere Bekanntgabe an die Befehlshaber und Kommandeure mündlich erfolgen zu lassen.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

I. A.

Verteiler:

Ob.d.H. / Op.Abt.	1. Ausf.
Gen Qu	2. "
Gen.z.b.V. b.Ob.d.H.	3.-4. "
Ob.d.L. / Lw.Führ.Stab	5. "
Gen Qu	6. "
Ob.d.H. / StkI.	7. "
OKW / WFSt	8. "
L	9. "
L IV	10. "
W R	11. "
W Pr.	12. "
Ausl./Abw.	13. "
Abw. III	14. "
Reserve	15.-20. "

44 Truppenführung
44 Truppenführung

H.B. Uffland 15. Aug.

Vorgeschalt. Truppenf. 10. Aug.

Bretlau 17. 16.

Wien 18. 4

V.D. Karmay

19. 8/18

Anlage zu OKW/ Wfst/ Abt. I IV/Qu
Nr. 44822/41 g.K. Chats.

Geheimes

Nur durch Offizier

h 600/42

Richtlinien für die Behandlung
politischer Kommissare.

Im Kampf gegen den Bolschewismus ist mit einem Verhalten des Feindes nach den Grundsätzen der Menschlichkeit oder des Völkerrechts nicht zu rechnen. Insbesondere ist von den politischen Kommissaren aller Art als den eigentlichen Trägern des Widerstandes eine massenbille, grausame und unmenschliche Behandlung unserer Gefangenen zu erwarten.

Die Truppe muss sich bewusst sein:

- 1.) In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete.
- 2.) Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muss daher sofort und ohne Weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden.
Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.

Im Übrigen gelten folgende Bestimmungen:

I. Operationsgebiet.

- 1.) Politische Kommissare, die sich gegen unsere Truppe wenden, sind entsprechend dem "Erlass über Ausübung der Gerichten" im Gebiet Barbarossa zu behandeln. Dies gilt für Kommissare jeder Art und Stellung, auch wenn sie nur des Widerstandes, der Sabotage oder der Anstiftung hierzu verdächtig sind.

Auf die "Richtlinien über das Verhalten der Truppe in Russland" wird verwiesen.

/ 2.)

49.

- 2 -

h 600/48

2.) Politische Kommissare als Organe der feindlichen Truppe sind kenntlich an besonderem Abzeichen - roter Stern mit goldenem eingewebtem Hammer und Sichel auf den Ärmeln - (Einzelheiten siehe "Die Kriegerow ohnmacht der UdSSR." OKH/ Gen St & H O Qu IV Abt. Fremde Heere Ost (II) Nr. 100/41 g. von 15. 1. 1941 unter Anlage 9 d). Sie sind aus den Kriegsgefangenen sofort, d.h. noch auf dem Gefechtsfelde, abzusondern. Dies ist notwendig, um ihnen jede Einflussmöglichkeit auf die gefangenen Soldaten zu nehmen. Diese Kommissare werden nicht als Soldaten anerkannt; der für Kriegsgefangene völkerrechtlich geltende Schutz findet auf sie keine Anwendung. Sie sind nach durchgeführter Absonderung zu erledigen.

3.) Politische Kommissare, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen oder einer solchen verdächtig sind, werden zunächst unbehelligt bleiben. Erst bei der weiteren Durchsicherung des Landes wird es möglich sein, zu entscheiden, ob verbliebene Funktionäre an Ort und Stelle belassen werden können oder an die Sonderkommando abzugeben sind. Es ist anzustreben, dass diese selbst die Überprüfung vornehmen.

Bei der Beurteilung der Frage, ob "schuldig oder nicht schuldig", hat grundsätzlich der persönliche Eindruck von der Gesinnung und Haltung des Kommissars höher zu gelten, als der vielleicht nicht zu beweisende Tatbestand.

4.) In den Fällen 1.) und 2.) ist eine kurze Meldung (Meldezettel) über den Vorfall zu richten :

- a) von den einer Division unterstellten Truppen an die Division (Ic),
- b) von den Truppen, die einem Korps-, Armeeober- oder Heeresgruppinkommando oder einer Panzergruppe unmittelbar unterstellt sind, an das Korps- usw. Kommando (Ic).

/ 5.)

50

drückend

- 5.) Alle oben genannten Massnahmen dürfen die Durchführung der Operationen nicht aufhalten. Planmässige Such- und Säuberungsaktionen durch die Kampftruppe haben daher zu unterbleiben.

II.) Im rückwärtigen Heeresgebiet.

Kommissare, die im rückwärtigen Heeresgebiet wegen zweifelhaften Verhaltens ergriffen werden, sind an die Einsatzgruppe bzw. Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei (SD) abzugeben.

III.) Beschränkung der Kriegs- und Standgerichte.

Die Kriegegerichte und die Standgerichte der Regimenter usw. Kommandeure dürfen mit der Durchführung der Massnahmen nach I und II nicht betraut werden.

Der Kommissarsbefehl des Oberbefehlshabers des Heeres

Der Oberbefehlshaber des Heeres
Az.Gen.z.b.V. b.Ob.d.H.(Gr.Rechtswesen) den 8.6.1941
Nr. 91/41 gKdos.Chefs.

Hauptquartier OKH,

Chefsache !

Nur durch Offizier !

- Nach anliegendem Verteiler -

30 Ausfertigungen

19. Ausfertigung

Betr.: Behandlung politischer Kommissare

Nachstehender Erlaß des OKW vom 6.6.41 - WFSt/Chefs.Abt.I
(IV/Qu) Nr. 44 822/41 g.Kdos.Chefs. - wird bekannt
gegeben.

Zusätze:

Zu I Ziffer 1 :

Das Vorgehen gegen einen politischen Kommissar muß zur
Voraussetzung haben, daß der Betreffende durch eine
besonders erkennbare Handlung oder Haltung sich gegen
die deutsche Wehrmacht stellt oder stellen will.

Zu I Ziffer 2 :

Die Erledigung der politischen Kommissare bei der
Truppe hat nach ihrer Absonderung ausserhalb der eigent-
lichen Kampfzone unauffällig auf Befehl eines Offiziers
zu erfolgen.

Stempel:

Oberkommando des Heeres
Gruppe Rechtswesen

(gez) von Brauchitsch
Für die Richtigkeit :
gez. Bechler
Hauptmann

Verteiler:

Abschnittstab Schlesien
Heeresgruppe B

1. Ausfertigung
2. "

Abschnittsgruppe Ostpreußen	3. Ausfertigung
AOK 18	4. "
Unterabschnitt Ostpreußen	5. "
Festungsstab Blaurock	6. "
AOK 4	7. "
Abschnittsstab Staufeu	8. "
Arbeitsstab Getzmann	9. "
AOK 11	10. "
AOK 2	11. "
Oberbaugruppe Süd	12. "
Festungsstab 49	13. "
Festungsstab Wagner	14. "
Panzergruppe 4	15. "
AOK Norwegen	16. "
OKH/Adj.Ob.d.H.	17. "
OKH/Adj.Chef.GenSt.d.H.	18. "
OKH/Abt. Fremde Heere Ost	19. "
OKH/Op.Abt.(ohne Erlaß)	20. "
OKH/GenQu. (ohne Erlaß)	21. "
Vorrat	22. - 30. "

Anmerkung:

Die u n a u f f ä l l i g e Erledigung ist von
Ob.d.H., Gruppe Rechtswesen, zusätzlich befohlen.

Chef der Sicherheitspolizei
und des S D

Berlin, den 2. Juli 41

B Nr. IV - 1100 / 41 geh.Rs.

E K 3

B I 1 247

30

B.Nr. g. Rs. 7/41

20 Ausfertigungen

G e h e i m e R e i c h s s a c h e

Als Geheime Reichssache.

3 gRo

- a) an den Höheren SS -und Polizeiführer
SS -Obergruppenführer J o c h e l n
(über B.d.S. K r a k a u zur sofortigen Weiterleitung)
- b) an den Höheren SS -und Polizeiführer
SS-Gruppenführer v.d. B a c h
(über Kommandeur der SPSD in W a r s c h a u zur sofortigen Weiterleitung)
- c) an den Höheren SS -und Polizeiführer
SS-Gruppenführer P r ü t z m a n n
(über Stapostelle W i l s i t zur sofortigen Weiterleitung)
- d) an den Höheren SS-und Polizeiführer
SS-Oberführer K o r s e m a n n
(über SS-Staf. C h l e n d o r f f).

Nachdem der Chef der Ordnungspolizei die zum Einsatz Barbarossa befohlenen Höheren SS - und Polizeiführer zu Besprechungen nach Berlin eingeladen hatte, ohne mich hiervon rechtzeitig zu unterrichten, war ich leider nicht in der Lage, Sie ebenfalls mit grundsätzlichen Weisungen für den Geschäftsbereich der Sicherheitspolizei und des S D zu versehen.

Im Nachstehenden gebe ich in gedrängter Form Kenntnis von den von mir den Einsatzgruppen und -Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD gegebenen wichtigsten Weisungen mit der Bitte, sich dieselben zu eigen zu machen.

V o r b e m e r k u n g :

Nahziel des Gesamteinsatzes ist die politische, d.h. im wesentlichsten die sicherheitspolizeiliche Befriedung der neu zu besetzenden Gebiete.

Endziel ist die wirtschaftliche Befriedung.

Wenn auch alle zu treffenden Maßnahmen schließlich auf das Endziel, auf welchem das Schwergewicht zu liegen hat, abzustellen sind, so sind sie doch im Hinblick auf die jahrzehntelang anhaltende bolschewistische Gestaltung des Landes mit rücksichtsloser Schärfe auf umfassendstem Gebiet durchzuführen.

Dabei sind selbstverständlich die Unterschiede zwischen den einzelnen Völkerstämmen (insbesondere Balten, Ruthe-

nen, Ukrainer, Georgier, Armenier, Aserbeidschaner usw.) zu-
grunde zu legen und wo irgendmöglich für die Zielsetzung auszu-
nützen.

Die politische Befriedung ist die erste Voraussetzung
für die wirtschaftliche Befriedung.

1.) Verhältnis zur Wehrmacht:

Zur Vermeidung möglicher Unklarheiten im Hinblick auf den orga-
nisationellen Einsatz und den sachlichen Aufgabenbereich der
Einsatzgruppen und -Kommandos der SP (SD) im Rahmen des ge-
samten Osteinsatzes verweise ich nochmals auf die Befehle des
OKH vom 26.3.41.

2.) Berichterstattung:

Der RFSS und Chef der Deutschen Polizei muß laufend über alle
Einsatzergebnisse der Sicherheitspolizei und des SD unterricht-
et sein. Auf Befehl des RFSS habe ich, um diese ständige Be-
richterstattung zu gewährleisten, für den Geschäftsbereich der
Sicherheitspolizei und des SD im Rahmen des Reichssicherheits-
hauptamtes eine zentrale Nachrichtenübermittlungsstelle (ZNÜ)
eingerrichtet, die mir unmittelbar untersteht.

An diese ZNÜ sind im Verfolg des ausdrücklichen Befehls des
RFSS alle Berichte, Anfragen und Meldungen usw. durchzugeben.
Hiervon hat der RFSS lediglich solche Berichte oder Meldungen
ausgenommen, die vom RFSS persönlich und unmittelbar angefordert
werden. Aber auch diese unmittelbaren Berichte und Meldungen
sind, da für den Gesamtüberblick erforderlich, gleichzeitig
sofort an die ZNÜ durchzugeben.

Auf die besondere Wichtigkeit der absoluten Einhaltung dieses
Befehls des RFSS ist im Hinblick auf die noch bevorstehenden
Raumerweiterungen von vornherein ganz besonders Wert zu legen.

3.) Fahndungsmaßnahmen:

An Hand der vom Reichssicherheitshauptamt herausgegebenen Sonder-
fahndungsliste O s t haben die EK der Sicherheitspolizei und
des SD die erforderlichen Fahndungsmaßnahmen zu treffen.

Da es naturgemäß nicht möglich war, alle gefährlichen Personen
in der SU zu erfassen, sind über diese Fahndungsliste hinaus
alle diejenigen Fahndungs und Exekutionsmaßnahmen zu treffen,
die zur politischen Befriedung der besetzten Gebiete erforderlich
sind.

4.) Exekutionen:

Zu exekutieren sind alle

Funktionäre der Komintern (wie überhaupt
die kommunistischen Berufspolitiker
schlechthin)

27 214

die höheren, mittleren und radikalen unteren Funktionäre der Partei, der Zentralkomitees, der Gau- und Gebietskomitees

Volkskommissare

Juden in Partei- und Staatsstellungen
sonstigen radikalen Elemente (Saboteure, Propagandare, Heckenschützen, Attentäter, Hetzer usw.)

soweit sie nicht im Einzelfall nicht oder nicht mehr benötigt werden, um Auskünfte in politischer oder wirtschaftlicher Hinsicht zu geben, die für die weiteren sicherheitspolizeilichen Maßnahmen oder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der besetzten Gebiete besonders wichtig sind.

Insbesondere ist Bedacht zu nehmen, daß Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Handelsgremien nicht restlos liquidiert werden, so daß keine geeigneten Auskunftspersonen mehr vorhanden sind.

Den Selbstreinigungsversuchen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise in den neu zu besetzenden Gebieten sind keine Hindernisse zu bereiten. Sie sind im Gegenteil, allerdings sparsam zu fördern, ohne daß sich diese örtlichen "Selbstschutz" Kreise später auf Anordnungen oder gegebene politische Zusicherungen berufen können.

Da aus naheliegenden Gründen ein solches Vorgehen nur innerhalb der ersten Zeit der militärischen Besetzung möglich ist, haben die Einsatzgruppen der SP (SD) möglichst im Benehmen mit den militärischen Dienststellen bestrebt zu sein, in den betreffenden neu besetzten Gebieten raschestens, wenigstens mit einem Vorkommando, einzurücken.

Besonders sorgfältig ist bei Erschießungen von Ärzten und sonstigen in der Heilkunde tätigen Personen vorzugehen. Da auf dem Lande auf etwa 10 000 Einwohner an sich nur ein Arzt fällt, würde bei etwa auftretenden Epidemien durch die Erschießung von zahlreichen Ärzten ein kaum auszufüllendes Vakuum entstehen. Wenn im Einzelfalle eine Exekution erforderlich ist, ist sie selbstverständlich durchzuführen, doch muß eine genaue Überprüfung des Falles vorausgehen.

5.) Nachrichtendienst:

Sofort nach dem Einrücken ist mit dem Auf- und Ausbau eines möglichst lückenlosen Nachrichtennetzes zu beginnen, sodaß alle illegalen Neuformierungen nicht unentdeckt bleiben können. Insbesondere gilt es, verborgene Waffen-, Munitions-, Sprengstoff- und Materiallager zu entdecken.

33

6. Sicherstellung von Material:

Alle politisch wertvolle Material ist sicherzustellen und sobald möglich einbringen an die als Aufnahmestellen bestimmten Standorten. Dies ist: Aussenposten, Plöben, an die Kommandeurstellen Werschmann, Radom und Lublin, bzw. an deren Grenz- und Außendienststellen abzugeben.

Als politisch wertvolles Material ist insbesondere anzusehen alles Komintern-, Partei-, Gewerkschafts-, Juden- und Funktionsmaterial.

7. Zusammenarbeit mit Ordnungspolizei:

Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Ordnungspolizei nehmen sich Bezug auf den Befehl des RFSS und Chef der Deutschen Polizei vom 30.1.40 Nr. I V 1 - 558 IV / 39 - 151: Dienstanweisung für die Zusammenarbeit der Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei beim Einsatz außerhalb des Reichsgebietes.

Ziffer 1) lautet:

„Die Sicherheitspolizei hat die Aufgabe der Bekämpfung aller reichs- und deutschfeindlichen Elemente rückwärts der vordringenden Gruppe.“

Ziffer 2 :

„Soweit zur Durchführung dieser sicherheitspolizeilichen Aufgaben der Einsatz von Ordnungspolizei erforderlich ist, erfolgt dieser nach den Weisungen der Führer der Einsatzgruppen bzw. Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei. Für die Durchführung der nach diesen Weisungen notwendigen Maßnahmen sind die Führer der eingesetzten Kräfte der Ordnungspolizei allein verantwortlich.“

Ziffer 3 :

„Die Führer der Einsatzgruppen bzw. Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei haben den Einsatz von Kräften der Ordnungspolizei bei dem zuständigen Führer der Ordnungspolizei zu erbitten. Dieser Bitte ist zu entsprechen, wenn die Bereitstellung der geforderten Kräfte ohne anderweitige Gefährdung der öffentlichen Ordnung möglich ist.“

Ziffer 4:

„Die Ordnungspolizei nimmt Festnahmen, Beschlagnahmen, Durchsuchungen usw. nur auf Ersuchen der Sicherheits-

polizei vor, außer bei Gefahr im Verzuge und soweit sie nicht den Führern der Ordnungspolizei im Rahmen der ersten Befriedungsaktion zur selbständigen Erledigung übertragen worden sind. Auch in diesen Fällen ist möglichst enge Fühlungnahme mit der Sicherheitspolizei zu wahren. Nach Beendigung der ersten Befriedungsaktion sind Personen, die bei Gefahr im Verzuge von der Ordnungspolizei selbständig festgenommen worden sind, der Sicherheitspolizei zu übergeben.

Ich bitte, im sachlichen Interesse, besorgt zu sein, daß diese klare Zuständigkeitsregelung gewahrt bleibt.

8.) K i r c h e :

Gegen die Bestrebungen der orthodoxen Kirche, Einfluß auf die Massen zu nehmen, ist nichts zu unternehmen. Sie sind im Gegenteil möglichst zu fördern, wobei von vornherein auf dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat zu bestehen und eine Einheitskirche zu vermeiden ist.

Auch gegen die Bildung religiöser Sekten ist nichts einzuwenden.

9.) S p r a c h e n r e g e l u n g :

Die roten Truppen sind nur in russischer Sprache anzusprechen, die Zivilbevölkerung hingegen in ihrer eigenen Sprache. Man spricht nicht von der russischen Armee, sondern von der Roten Armee.

Man spricht nur von Russen (nicht Großrussen), von Ukrainern (nicht Kleinrussen), Weißruthenen (nicht Weißrussen), von der Sowjetunion (nicht Rußland schlechthin). R u ß l a n d ist nur das eigentliche Siedlungsgebiet der Russen.

Es ist psychologisch falsch, alles Bestehende einfach zu negieren. Es darf nicht gesagt werden, daß der Sozialismus in der SS vernichtet werden muß, sondern: Der wirkliche, wahre Sozialismus d.h. eine staatlich gesicherte soziale Gerechtigkeit für alle Schaffenden, wird geschaffen.

Die nationale Frage ist mit äußerster Zurückhaltung zu behandeln (im Hinblick auf die spätere Gesamtregelung).

Ein Zerschlagen der Kollektive kommt vorerst aus wirtschaftlichen Gründen nicht in Betracht. Der Bauer muß daher, da seine Erwartungen auf Zuteilung eigenen Besitzes zunächst nicht erfüllt

22219

werden können, ganz besonders geschickt propagandistisch be-
handelt werden.

gee. H e v d r u c k

Dienstszahl:

Beglaubigt: H e l l m a t h
Regierungsekretärin.

V e r t e i l e r :

Amtechef IV

B e r l i n , den 2.7.41

Nachrichtlich
an den

E K I a, E K I b

E K II, E K III

(Versendung
als GR's)

Happe Brigadeführer
Dr. Stahlacker.

Chef der Einsatzgruppe A
SS-Brigadeführer Dr. S t e h l e c k e r
über Stenpostelle T i l l e i t zur
Weiterleitung nach

G u m b i n n e n
Artilleriekaserne

f.d.R. der Abschrift:

Unterschrift

Pol.Oberw.d.Res.

J.V.
Unterschrift: unleserlich.

Für die Richtigkeit der Abschrift:
Dortmund, den 2. April 1963



Erst
Justizangestellte

Beglaubigt
Leibke
Justizangestellte

106

Sust. 4. 8.

CT 227 ^{At}
17.7.41 H. 36

Microfilm
210 prints

Fun Road
Bourne Co.
Hunting
top

NO - 3447

43164 / 234
5
1 IV M.
187/12
Lehmann
444597
424897
114714

NO - 3447

NO 3441

Lofandly Pfingst. 4. 1942
Rm 14-15-16 R 108
n. 10. 10. 42

NO - 3447

No 382

Jacobson & Co
 Gropius, P. Ringstrasse,
 Berlin

A. L. Jones 382
 C. Doe

Contract

1/1/1918

1/1/1918

110 - 3447

Inhalt der Handakten.

Betrifft: Aussonderung und Behandlung
sowjetrussischer Kriegsgefangener.

- Einsetzungsbefehl Nr. 8 vom 17.1.41, Blatt 1
Richtlinien für die Aussonderung, Blatt 6
" " " Stalags, Blatt 8 - 10
Offlags und Stalags, Beauftragte I vom 21.8.42
Stalags Generalgouvernement, Blatt 11
Einsetzungsbefehl Nr. 9 vom 21.7.41, Blatt 12 - 16
Lager im Reichsgebiet, Blatt 15 und 16
Ergänzungen der Richtlinien vom 1.1.42, Blatt 25/27
- Ziffer 4 besonders zu beachten -
Begriff "Intelligenter" Blatt 26
"Berufsrevolutionäre (Schriftsteller, Redakteure, Komintern-
angestellte)
Behandlung sowjetrussischer Kriegsgefangener in allen
Gefangenenlagern (Erlasse vom 8.9.41, Blatt 32)
Rücksichtsloses energisches Durchgreifen.
Entlassung von Volkstumsangehörigen, Blatt 34, Ziffer 2
Aussonderung von Zivil- und unerwünschten Personen, Blatt 34,
Ziff. 3.
Arbeitseinsatz sowjetrussischer Kriegsgefangener - Bewachung -
Bl. 37/38
Merkblatt vom 8.9.41 (OKW)
Sowjetrussische Kriegsgefangene weder mit deutschen, ausländischen
oder alawischen Volkstumsangehörigen zusammenkommen
lassen (10.10.41, Blatt 41/48)
Nicht beschnittene Juden 10.10.41, Blatt 49
Völker und Volksgruppen der Sowjet-Union 20.9.41, Blatt 52/61
Einsetzungsbefehl Nr. 14 vom 29.10.41, Blatt 64.
Richtlinien dazu - 9 Punkte - Blatt 67

NO - 3447

I" A 1 c .

Berlin, Gen

1942.

1.) Vermerk.

Der Vorgang ist - nicht - abgeschlossen.

2.) Notieren

Liste

3.) Hauptvorgang befindet sich bei den Pers.-Akten des:

.....

geb. am in

4.) IV.C.1.a zur Auftrags: aus dem Bericht von bis

5.) IV.C.1.c zu den Pers.Akten:

.....

geb. am in

6.) IV. bei IV.A.1.c.

NO - 3447

41

Auflöcherung der Bewachung französischer Kriegsgefangener
vom 5.11.41, Blatt 73

Transport zur Exekution (Halbstele), Blatt 77

Arbeitseinsatz geflüchteter Sowjetrussen 11.12.41
(Auf der Flucht keine Verbrechen begangen) Blatt 78

Deutsche Kriegsgefangenen in der UdSSR. Blatt 85

Bereitstellung Kriegsgefangener für die Rüstungsindustrie, Bl.
88

Arbeitskräfte Kriegsgefangene im Reichsgebiet 12.1.42, Bl. 90

Vollstreckung von Todesstrafen gegen sowjetrussische Kriegs-
gefangene von nicht Angehörigen der Sippe u. d. d. vom 18.2.42
Bl. 95/97. ✓

Aussonderung der Kriegsgefangenen östlich der Alten Reichs-
grenze, OKW 5422 vom 5.3.42 24.101

Arbeitseinsatz in der Land- und Forstwirtschaft, Blatt 101

Behandlung sowjetruss. Kriegsgefangener OKW. 24.3.42,
Bl. 107/112 ✓

a) Allgemein

b) I. Verpflegung

II. Arbeitseinsatz

III. Freizeit

IV. Unterhalten

V. Aussonderung von Zivilpersonen, Überläufern
(9 a, b, c u. d.)

Einsatzkommando Sicherheitspolizei und des SD.

Aussonderung a) Militärpersonen,

b) Zivilpersonen,

c) Vertrauenswürdig

VI. Fluchte und strafbare Handlungen

VII. Beerdigungen.

der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 17. Juli 1941.

Nr. 21 B/41 g Rs. IV A 1 c

42 Ausfertigungen.
Ausfertigung.

*Geheftet
17.7.41*

E i n s a t z b e f e h l Nr. 8

Betr.: Richtlinien für die in die Stalags und Dulags
abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD.

Anlg.: 2 geheftete Anlagen 1 und 2,
1 lose Anlage

In der Anlage übersende ich Richtlinien über die Säuberung der Gefangenenlager, in denen Sowjetrussen untergebracht sind. Diese Richtlinien sind im Einvernehmen mit dem OKW - Abteilung Kriegsgefangene - (s. Anlage 1) ausgearbeitet worden. Die Kommandeure der Kriegsgefangenen- und Durchgangslager (Stalags und Dulags) sind seitens des OKW. verständigt worden.

Ich ersuche, sofort ein Kommando in Stärke von einem $\frac{1}{4}$ -Führer und 4 bis 6 Mann für die im dortigen Bereich befindlichen Kriegsgefangenenlager abzustellen. Falls zur Durchführung der gestellten Aufgaben zusätzliche Kräfte benötigt werden, ist mir sofort Mitteilung zu machen. Ich mache jedoch darauf aufmerksam, daß die nicht davon betroffenen Staatspolizei-leit-stellen im Reich derartig schwach besetzt sind, daß weitere Kräfte nicht abgegeben werden können.

Zur Erleichterung der Durchführung der Säuberung ist je 1 Verbindungsführer zu dem Oberbefehlshaber der Kriegsgefangenenlager im Wehrkreis I, Ostpreußen - Generalmajor von H i n d e n b u r g - in Königsberg

und

83a TE. 66 41 g Rs.

1. JULI 1941

und zum Oberbefehlshaber der Kriegsgefangenenlager im Generalgouvernement. - Generalleutnant H e r r g o t t - in Kielce zu entsenden.

Als Verbindungsführer sind ab sofort abzuordnen:

- a) Kriminalrat S c h i f f e r, Staatspolizeileitstelle S t e t t i n, zu Generalmajor von Hindenburg in Königsberg/Pr. und
- b) Kriminalkommissar R a s c h w i t z, beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau, zu Generalleutnant H e r r g o t t in K i e l c e.

Aufgabe dieser Verbindungsführer ist es, von Zeit zu Zeit, insbesondere zu Beginn des Einsatzes die Tätigkeit der Kommandos, nach diesen Richtlinien einheitlich auszurichten und für einen reibungslosen Verkehr mit den Dienststellen der Wehrmacht zu sorgen.

Für die Durchführung der den Kommandos in den Gefangenenlagern gestellten Aufgaben füge ich als Anlage 2- Richtlinien für die in die Stalags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD bei, von denen gleichfalls das OKW. und damit auch die Befehlshaber und Lagerkommandanten Kenntnis erhalten haben.

Vor Durchführung der Exekutionen haben sich die Führer der Einsatzkommandos wegen des Vollzugs jeweils mit den Leitern der in Frage kommenden Staatspolizeileitstellen, bzw. mit den Kommandeuren des für ihr Lager zuständigen Gebietes in Verbindung zu setzen. Die Exekutionen dürfen nicht im Lager selbst, noch in unmittelbarer Nähe erfolgen; sie sind nicht öffentlich und müssen möglichst unauffällig durchgeführt werden.

Hinsichtlich der Überprüfung der Durchgangslager in den neubesetzten Gebieten ergeht an die Chefs der

Einsatzgruppen

Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD gesonderte Weisung. Die im Bereiche der von den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD und den Staatspolizeistellen gestellten zusätzlichen Einsatzkommandos liegenden Durchgangslager, sind von diesen selbst zu überprüfen.

Ein Verzeichnis der bisher bestehenden Stammlager liegt als Anlage 3 bei.

Zusatz: Ich bitte die Chefs der Einsatzgruppen besorgt zu sein, daß möglichst mit eigenen Kräften die Durchgangslager entsprechend gesäubert werden.

Zusatz: für Staatspolizeileitstelle S t e t t i n.
Die beigefügten Richtlinien sind Kriminalrat S c h i f f e r zu übergeben, der sich sofort in Königsberg/Pr. bei Generalmajor von H i n d e n b u r g zu melden hat.

Zusatz: für Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in K r a k a u.
Die beigefügten Richtlinien sind dem Kriminalkommissar R a s c h w i t z mitzugeben, der sich sofort bei Generalleutnant H e r r g o t t zu melden hat.

Verteiler:

An

- a) den Kommandeur der Sipo und des SD
K r a k a u
- b) den Kommandeur der Sipo und des SD
R a d o m
- c) den Kommandeur der Sipo und des SD
Warschau
- d) den Kommandeur der Sipo und des SD
L u b l i n

e)

10
46

- e) die Staatspolizeileitstelle
K ö n i g s b e r g / P r .
- f) " Staatspolizeistelle
T i l s i t
- g) " Staatspolizeistelle
Z i c h e n a u - S c h r ö t t e r s b u r g
- h) " Staatspolizeistelle
A l l e n s t e i n .
- i) " Staatspolizeileitstelle
S t e t t i n

Nachrichtlich:

An

den Reichsführer-/- und Chef der Deutschen Polizei

An

den Chef der Sicherheitspolizei und des SD

An die

Amtschefs I, II, III, IV und VI

An die

Referate IV D 2 und IV D 3

An

den Höheren /- und Polizeiführer Nord-Ost

K ö n i g s b e r g / P r .

den Höheren /- und Polizeiführer

K r a k a u

den Inspekteur der Sipo und des SD

K ö n i g s b e r g / P r .

den Befehlshaber der Sipo und des SD im Generalgouvernement

K r a k a u

An die,

Einsatzgruppe A

Sonderkommando Ia

" Ib

Einsatzkommando II

" III

Einsatzgruppe B

Sonderkommando VII a

" VII b

Einsatzkommando VIII

" IX

Einsatzgruppe C

1147

Einsatzgruppe C
Sonderkommando IV a
" IV b
Einsatzkommando V
" VI
Einsatzgruppe D
Sonderkommando X a
" X b
Einsatzkommando XI
" XII

gez.: H e y d r i c h



W 0

Geheime Reichsache!

Abschrift.

Anlage 1

Richtlinien für die Aussonderung von Zivilpersonen und verdächtigen Kriegsgefangenen des Ostfeldzuges in den Kriegsgefangenenlagern im besetzten Gebiet, im Operationsgebiet, im Generalgouvernement und in den Lagern im Reichsgebiet.

I. Absicht.

Die Wehrmacht muss sich umgehend von allen denjenigen Elementen unter den Kr. Gef. befreien, die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen sind. Die besondere Lage des Ostfeldzuges verlangt daher b e s o n d e r e M a s s - n a h m e n, die frei von bürokratischen und verwaltungsmässigen Einflüssen verantwortungsfreudig durchgeführt werden müssen.

Während den bisherigen Vorschriften und Befehlen des Kriegsgefangenenwesens ausschliesslich militärische Überlegungen zu Grunde lagen, muss nunmehr der politische Zweck erreicht werden, das Deutsche Volk vor bolschewistischen Hetzern zu schützen und das besetzte Gebiet alsbald fest in die Hand zu nehmen. /

II. Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles.

A. Die Insassen der Russen-Lager sind daher zunächst nach folgenden Gesichtspunkten innerhalb der Lager voneinander zu trennen:

- 1.) Zivilpersonen;
- 2.) Soldaten (auch solche, die zweifellos Zivilkleider angelegt haben);
- 3.) Politisch untragbare Elemente aus 1.) und 2.);
- 4.) Personen aus 1.) und 2.), die besonders vertrauenswürdig erscheinen und daher für den Einsatz zum Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendungsfähig sind;

13
49
5.) Volkstumsgruppen innerhalb der Zivilpersonen und Soldaten.

B. Während die grobe Trennung nach A. 1) bis 5.) durch die Lagerorgane selbst vorgenommen wird, stellt zur Aussonderung der Personen zu A. 3.) und 4.) der Reichsführer-~~4~~

" E i n s a t z k o m m a n d o s d e r S i c h e r-
h e i t s p o l i z e i u n d d e s S i c h e r-
h e i t s d i e n s t e s "

zur Verfügung.

Sie sind dem Chef der Sipo und des SD unmittelbar unterstellt, für ihren Sonderauftrag besonders geschult und treffen ihre Massnahmen und Ermittlungen im Rahmen der Lagerordnung nach Richtlinien, die sie vom Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes erhalten haben.

Den Kommandanten besonders deren Abwehr-Offizieren wird engste Zusammenarbeit mit den Einsatzkommandos zur Pflicht gemacht.

III. Weitere Behandlung der ausgesonderten Gruppen.

A. Zivilpersonen, soweit unverdächtig, verbleiben abgesondert im Lager bis ihre Rückführung ins besetzte Gebiet möglich erscheint. Den Zeitpunkt hierfür gibt der betreffende Wehrmacht-Befehlshaber (bzw. der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes) nach Zustimmung der zuständigen Dienststellen des Chefs der Sipo und des SD an. Grundlegend für die Rückführung ist der gesicherte Einsatz in Arbeit am Heimatort oder in besonders aufzustellenden Arbeitsformationen.

Für die Bewachung während der Rückführung trägt der Wehrmacht-Befehlshaber (bzw. der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes) die Verantwortung. Nach Möglichkeit stellt das Lager Begleitkommandos.

Wegen "Verdächtigen" siehe II. A. 3.) -

B.

B. Militärpersonen.

Wegen evtl. Verwendung im Reichsgebiet sind Asiaten von den europäisch aussehenden Soldaten zu trennen. Offiziere werden vielfach als "Verdächtige" auszu-sondern sein. Andererseits sind Offiziere zur Verhin-derung der Einflussnahme auf die Mannschaften früh-zeitig von diesen zu trennen.

Über den Abschub der Militärpersonen ergeht Sonder-befehl. Bereits hier sei betont, dass für den Ein-satz in Deutschland keine Asiaten und Personen in Fra-ge kommen, die der deutschen Sprache mächtig sind.

- C. Über die als "Verdächtige" (s. II. A., 3.) ausgeson-dernten entscheidet das Einsatzkommando der Sipo und des SD.

Sollten einzelne als verdächtig angesehene sich spä-ter als unverdächtig herausstellen, so sind sie zu den übrigen Zivilpersonen oder Soldaten im Lager zu-rückzuführen.

Dem Ersuchen des Einsatzkommandos auf Herausgabe wei-terer Personen ist stattzugeben.

- D. Vertrauenswürdige Personen sind zunächst zur Ausson-derung der Verdächtigen (II. A. 3) und zu sonstigen Aufgaben der Lagerverwaltung heranzuziehen. (Auf "Wol-gadeutsche" wird besonders hingewiesen).

Erscheinen sie für den Einsatz zum Wiederaufbau im besetzten Gebiete besonders geeignet, so darf einem Freigabeersuchen des Einsatzkommandos der Sipo und des SD nur dann widersprochen werden, wenn abwehrmässiges Interesse an einer bestimmten Person besteht.

- E. Volkstumsgruppen z.B. Ukrainer, Weissrussen, Litauer, Letten, Esthen, Finnen, Georgier und Wolgadeutsche. Trennung bei Soldaten und Zivilisten, soweit diese nicht ohnehin alsbald in das besetzte Gebiet abge-schoben werden.

Über die Verwendung der einzelnen Volkstumsgruppen ergeht Sonderbefehl.

Geheime Reichsangelegenheit

15
51V e r z e i c h n i s

der Kriegsgefangenenlager im Bereich des Wehrkreises I und des Generalgouvernements.

W e h r k r e i s I

- | | | | |
|----|------------|----|---------------------------|
| 1) | Oflag 63 | in | Pröklis |
| 2) | " 53 | in | Heydekrug |
| 3) | " 60 | in | Schirwindt |
| 4) | " 52 | in | Schützenort
(Ebenrode) |
| 5) | " 56 | in | Prostken |
| 6) | " 68 | in | Suwalki |
| 7) | Stalag 331 | in | Fischborn-Turosel |
| 8) | Oflag 57 | in | Ostrolenka |

G e n e r a l g o u v e r n e m e n t

- | | | | |
|----|------------|----|-------------------|
| 1) | Stalag 324 | in | Ostrow-Mazowiecka |
| 2) | " 316 | in | Siedlce |
| 3) | " 307 | in | Biala-Podlaska |
| 4) | " 319 | in | Chelm |
| 5) | " 325 | in | Zamcz |
| 6) | " 327 | in | Jaroslawa |

Die Oflags - Offizierslager - finden z.Zt. als Mannschafts-Stammlager (Stalag) Verwendung.

Die Durchgangslager befinden sich nach Mitteilung des OKW. im Operationsgebiet und werden den örtlichen Erfordernissen entsprechend von Zeit zu Zeit näher an die Front herangelegt. Ihr derzeitiger Standort ist gegebenenfalls beim Generalquartiermeister - Abteilung Kriegsgefangenenwesen - Anruf: Anna 757 (Militärleitg) - Hauptmann S o h n, zu erfragen.

Reichsarchiv

12/16
C I - 30 - 52

Anlage 2.

Akt IV

Berlin, den 17. Juli 1941

Richtlinien

für die in die Stalags abzustellenden Kommandos
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD.

- - -

Die Abstellung der Kommandos erfolgt nach der Vereinbarung zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD. und dem OKW. vom 16.7.41 (siehe Anlage 1).

Die Kommandos arbeiten aufgrund besonderer Ermächtigung und gemäß der ihnen erteilten allgemeinen Richtlinien im Rahmen der Lagerordnung selbständig. Es ist selbstverständlich, daß die Kommandos mit dem Lagerkommandanten und dem ihm zugeteilten Abwehroffizier engste Fühlung halten.

Aufgabe der Kommandos ist die politische Überprüfung aller Lagerinsassen und die Aussonderung und weitere Behandlung

- a) der in politischer, krimineller oder in sonstiger Hinsicht untragbaren Elemente unter diesen,
- b) jener Personen, die für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendet werden können.

Für die Durchführung ihrer Aufgabe können den Kommandos Hilfsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Das "Deutsche Fahndungsbuch", die "Aufenthaltsermittlungsliste" und das "Sonderfahndungsbuch "UdSSR" werden sich in den wenigsten Fällen als verwertbar erweisen; das "Sonderfahndungsbuch "UdSSR" ist deshalb nicht ausreichend, weil nur ein geringer Teil der als gefährlich zu bezeichnenden Sowjetrussen darin aufgeführt ist.

Die Kommandos müssen sich daher nach ihrem Fachwissen und Können auf eigene Feststellungen und selbsterarbeitete Kenntnisse stützen. Deshalb werden sie mit der Durchführung ihrer Aufgabe erst dann beginnen können, wenn sie entsprechendes Material zusammengetragen haben.

Für ihre Arbeit haben die Kommandos, soweit als möglich, sich zunächst und auch in der Folge die Erfahrungen des Lagerkommandanten zunutze zu machen, die diese aus der Beobachtung der Gefangenen und aus Vernehmungen von Lagerinsassen inzwischen gesammelt haben.

Weiter haben die Kommandos von Anfang an bemüht zu sein, unter den Gefangenen auch die zuverlässig erscheinenden Elemente, und zwar gleichgültig, ob es sich dabei um Kommunisten handelt oder nicht, herauszusuchen, um sie für ihre nachrichtendienstlichen Zwecke innerhalb des Lagers und, wenn vertretbar, später auch in den besetzten Gebieten dienstbar zu machen.

Es muß gelingen, durch Einsatz solcher V-Personen und unter Ausnutzung aller sonst vorhandenen Möglichkeiten zunächst unter den Gefangenen alle auszuscheidenden Elemente Zug um Zug zu ermitteln. Durch kurze Befragung der Festgestellten und evtl. Befragung anderer Gefangener haben sich die Kommandos in jedem Fall endgültige Klarheit über die zu treffenden Maßnahmen zu verschaffen.

Die Angabe eines V-Mannes gilt ohne weiteres nicht, einen Lagerinsassen als verdächtig zu bezeichnen. Vielmehr muß irgendwie nach Möglichkeit eine Bestätigung erreicht werden.

[Vor allem gilt es ausfindig zu machen:
alle bedeutenden Funktionäre des Staates und der Partei,
insbesondere

Berufsrevolutionäre,

die Funktionäre der Komintern,

alle maßgebenden Parteifunktionäre der KPdSU. und ihrer Nebenorganisationen in den Zentralkomitees, den Gau- und Gebietskomitees,

18 54

alle Volkskommissare und ihre Stellvertreter,
alle ehemaligen Polit-Kommissare in der Roten Armee,
die leitenden Persönlichkeiten der Zentral- und Mittel-
instanzen bei den staatlichen Behörden,
die führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens,
die sowjetrussischen Intelligenzler,
alle Juden,
alle Personen, die als Aufwiegler oder fanatische Kommuni-
sten festgestellt werden.

Nicht minder wichtig sind, wie bereits erwähnt, die Fest-
stellungen jener Personen, die für den Neuaufbau, die Verwal-
tung und Bewirtschaftung der eroberten russischen Gebiete
Verwendung finden können.

Schließlich müssen solche Personen, die zum Abschluß wei-
terer Ermittlungen, gleichgültig, ob polizeilicher oder sonsti-
ger Art, und zur Klärung allgemein interessierender Fragen
noch gebraucht werden, sichergestellt werden. Darunter fallen
insbesondere alle die höheren Staats- und Parteifunktionäre,
die aufgrund ihrer Stellung und ihrer Kenntnisse in der Lage
sind, Auskunft über Maßnahmen und Arbeitsmethoden des sowjet-
russischen Staates, der Kommunistischen Partei oder der Kommu-
tern zu geben.

Bei den zu treffenden Entscheidungen ist schließlich auch
auf die völkische Zugehörigkeit Bedacht zu nehmen.

Jede Woche gibt der Leiter des EK. mittels FS. oder
Schnellbriefes an das Reichssicherheitshauptamt einen Kurz-
bericht. Dieser hat zu enthalten:

- 1) Kurze Schilderung der Tätigkeit in der vergangenen
Woche,
- 2) Zahl der endgültig als verdächtig anzusehenden Per-
sonen (Zahlenangabe genügt),
- 3) Namentliche Benennung der als
Funktionäre der Komintern,
maßgebende Funktionäre der Partei,
Volkskommissare,
Polit-Kommissare,
leitende Persönlichkeit

55
19

festgestellten Personen mit kurzer Beschreibung
ihrer Stellung

- 4) Zahl der als unverdächtig zu bezeichnenden Personen
a) Kriegsgefangene,
b) Zivilpersonen.

Aufgrund dieser Tätigkeitsberichte werden sodann vom Reichssicherheitshauptamt die zu treffenden weiteren Maßnahmen umgehendst mitgeteilt.

Für die aufgrund dieser Weisung sodann sukzessiv zu treffenden Maßnahmen haben die Kommandos bei der Lagerleitung die Herausgabe der betreffenden Gefangenen zu beantragen.

Die Lagerkommandanturen sind vom OKW. angewiesen, derartigen Anträgen stattzugeben (siehe Anlage 1).

Exekutionen dürfen nicht im Lager oder in unmittelbarer Umgebung des Lagers durchgeführt werden. Befinden sich die Lager im Generalgouvernement in unmittelbarer Nähe der Grenze, so sind die Gefangenen zur Sonderbehandlung möglichst auf ehemals sowjetrussisches Gebiet zu verbringen.

Sollten aus Gründen der Lagerdisziplin Exekutionen erforderlich sein, so hat sich dieserhalb der Leiter des EK. an den Lagerkommandanten zu wenden.

Über die durchgeführten Sonderbehandlungen haben die Kommandos Listen zu führen; sie müssen enthalten:

Lfd. Nummer,
Familien- und Vorname,
Geburtszeit und -ort,
militärischer Dienstgrad,
Beruf,
letzter Wohnort,
Grund der Sonderbehandlung,
Tag und Ort der Sonderbehandlung
(Zettelsammlung).

Hinsichtlich der durchzuführenden Exekutionen, des möglichen Abtransportes von zuverlässigen Zivilpersonen und des Abschubes etwaiger V-Personen für die Einsatzgruppe in die

besetzten Gebiete hat sich der Leiter des EK. in Verbindung zu setzen mit dem Leiter der örtlich nächstgelegenen Sta-po(leit)stelle bzw. mit dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD. und über diesen mit dem Chef der betreffenden Einsatzgruppe in den besetzten Gebieten.

Derartige Mitteilungen sind grundsätzlich nachrichtlich an das Reichssicherheitshauptamt, IV A 1, durchzugeben.

[Hervorragendes Auftrags in und außer Dienst, bestes Einvernehmen mit den Lagerkommandanten, sorgfältige Überprüfungsarbeit wird den Leitern der EK.'s und allen Angehörigen zur besonderen Pflicht gemacht.

Die Angehörigen der EK.'s haben sich der besonderen Bedeutung der ihnen gestellten Aufgaben stets bewußt zu sein.]

- - - - -

se-

Vermutl

Anl. 2 22 Heydich

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
F.Nr. 21 B/41 g Rs. - IV A 1 c

Berlin, den 21. Juli 1941

Geheime Reichsangelegenheit

50 Ausfertigungen
1. Ausfertigung.

Einsatzbefehl Nr. 9.

Betr.: Richtlinien für die in die Mannschafsstamm-
lager abzustellenden Kommandos des Chefs der
Sicherheitspolizei und des SD.

Anlg.: 1 Verzeichnis der Lager.
Einsatzbefehl Nr. 8 (.... Ausfertigung)
mit Anlage 1, 2 und 3.

Nach Mitteilung des OKW sind bereits sieben Kriegs-
gefangenenlager im Reichsgebiet (s. anliegendes Verzeichnis)
mit sowjetrussischen Kriegsgefangenen belegt worden, bzw.
wird dies in Kürze geschehen.

Ich ersuche, sofort ein Kommando von 1 W-Führer
(Kriminalkommissar) und 3 bis 4 Beamten für das im dortigen
Bereich befindliche Kriegsgefangenenlager zur Überprüfung
der Gefangenen abzustellen. Es ist selbstverständlich, daß
die für diese Aufgabe ausgewählten Beamten mit der Materie
bestens vertraut sein müssen.

Die Durchführung der Überprüfung hat nach den zum
Einsatzbefehl Nr. 8 gegebenen Richtlinien (s. Anl. 2) zu
erfolgen.

Vor Durchführung der Exekutionen haben sich die Füh-
rer der Kommandos wegen des Vollzuges mit den Leitern ihrer
Dienststellen in Verbindung zu setzen.

Die Exekutionen sind nicht öffentlich und müssen un-
auffällig im nächstgelegenen Konzentrationslager durchge-
führt werden.

Ich ersuche, die in der Anlage 2 zum Einsatzbefehl
Nr. 8 beigefügten Richtlinien genauestens zu beachten.

Verteiler:

1183a 66 41 g Rs.

Verteiler:

An die

Staatspolizeileitstelle

D r e s d e n

"

M ü n s t e r

"

B r e s l a u

"

H a m b u r g

"

H a n n o v e r

"

P o s e n

Staatspolizeistelle

S c h n e i d e m ü h l.

Nachrichtlich:

An die

Amtschefs I, II, III, IV und VI

den

Gruppenleiter IV D

die Referate IV D 2 und IV D 3

den Inspekteur der Sipe und des SD

S t e t t i n

"

D r e s d e n

"

D ü s s e l d o r f

"

B r e s l a u

"

H a m b u r g

"

B r a u n s c h w e i g

"

D a n z i g

den Höheren $\frac{1}{4}$ - und Polizeiführer Ostsee

Stettin

"

Elbe

D r e s d e n

"

West

D ü s s e l d o r f

"

Südost

B r e s l a u

"

Nordsee

H a m b u r g

"

Mitte

B r a u n s c h w e i g

Weichsel

27

59

An den

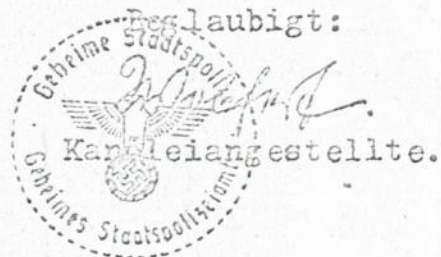
Höheren /- und Polizeiführer Weichsel
D a n z i g

"

Warthe
P o s e n

In Vertretung: .

gez.: M ü l l e r .



wo

E1
14

60
~~27~~

IV

Berlin, den 21. Juli 1941.

V e r z e i c h n i s

der Lager im Reichsgebiet, in denen bereits sowjetrussische Kriegsgefangene untergebracht sind, oder die demnächst belegt werden.

1.)

Wehrkreis II

Truppenübungsplatz Hammerstein

Staatspolizeistelle: S c h n e i d e m ü h l

2.)

Wehrkreis IV

Truppenübungsplatz Zeithain

Staatspolizeileitstelle: D r e s d e n

3.)

Wehrkreis VI

Truppenübungsplatz Senne

Staatspolizeileitstelle: M ü n s t e r

4.)

Wehrkreis VIII

Truppenübungsplatz Neuhammer

"

Lamsdorf O/S.

Staatspolizeileitstelle: B r e s l a u

5.)

Wehrkreis X

Münsterlager

Staatspolizeileitstelle: H a m b u r g

6.)

Wehrkreis XI

Truppenübungsplatz Bergen

Staatspolizeileitstelle: H a n n o v e r

7.)

Wehrkreis XII

Truppenübungsplatz Thorn

Staatspolizeileitstelle: P o s e n

Thorn wird lt. Mitteilung des OKW in den nächsten Tagen belegt.

2

776200

Inst. f. Verzeichnisse

64

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

Berlin, den 21. Juli 1941

E.Nr. 21 B/41 g Rs. - IV A 1 c

150 Ausfertigungen

142. Ausfertigung.

Einsatzbefehl Nr. 2.

Betr.: Richtlinien für die in die Mannschaftenslager
abzustellenden Kommandos des Chefs der Sicherheits-
polizei und des SD.

Anlg.: 1 Verzeichnis der Lager
Einsatzbefehl Nr. 8 (1. Ausfertigung)
mit Anlage 1, 2 und 3.

Nach Mitteilung des OKW sind bereits sieben Kriegs-
gefangenenlager im Reichsgebiet (s. anliegendes Verzeichnis)
mit sowjetrussischen Kriegsgefangenen belegt worden, bzw.
wird dies in Kürze geschehen.

Ich ersuche, sofort ein Kommando von 1. Führer
(Kriminalkommissar) und 3 bis 4 Beamten für das im dortigen
Bereich befindliche Kriegsgefangenenlager zur Überprüfung
der Gefangenen abzustellen. Es ist selbstverständlich, daß
die für diese Aufgabe ausgewählten Beamten mit der Materie
bestens vertraut sein müssen.

Die Durchführung der Überprüfung hat nach den zum
Einsatzbefehl Nr. 8 gegebenen Richtlinien (s. Anl. 2) zu er-
folgen.

Vor Durchführung der Inspektionen haben sich die Führer
der Kommandos wegen des Vollzuges mit den Leitern ihrer
Dienststellen in Verbindung zu setzen.

Die Inspektionen sind nicht öffentlich und müssen un-
auffällig im nächstgelegenen Konzentrationslager durchge-
führt werden.

Ich ersuche, die in der Anlage 2 zum Einsatzbefehl
Nr. 8 beigefügten Richtlinien zu beachten.

Verteiler:

2 776246

62

- 2 -

Verteiler:

An die

St. atspolizeileitstelle

"

"

"

"

"

St. atspolizeistelle

Dresden

Münster

Breslau

Hamburg

Hannover

Posen

Schneidemühl

Nachrichtlich:

An die

Amtschefs I, II, III, IV und VI

den

Gruppenleiter IV D

die Referate IV D 2 und IV D 3

den Inspekteur der Sipo und des SD

"

"

"

"

"

"

den Höheren /- und Polizeiführer Ostsee

"

"

"

"

Stettin

Dresden

Düsseldorf

Breslau

Hamburg

Braunschweig

Danzig

Stettin

Elbe

Dresden

West

Düsseldorf

Südost

Breslau

Nordsee

Hamburg

Mitte

Braunschweig

Weichsel

2 775246

- 3 -

An den

Höheren - und Polizeiführer Weichsel

D a n z i g

"

W a r t h e

P o s e n

In Vertretung:

gez.: M ü l l e r .

Beglaubigt

Kanzleiangeh.



WC

2 775221

Ant IV

Berlin, den 21. August 1941.

Verzeichnis

der Lager im Reichsgebiet, in denen bereits
sowjetrussische Kriegsgefangene untergebracht sind,
oder die demnächst belegt werden.

- 1.) Wehrkreis II
Truppenübungsplatz Hammerstein
Stalag G. 6 Gorn-Redewitz, Kommandantur 323
Stalag G. 6 Gorn-Bartenbrügge, Kommandantur 302
Staatspolizeistelle: Schneidemühl
- 2.) Wehrkreis IV
Truppenübungsplatz Leithain
Staatspolizeistelle: Dresden
Stalag Mühlberg/Elbe
Staatspolizeistelle: Halle/Stade
- 3.) Wehrkreis VI
Truppenübungsplatz Senne
Staatspolizeistelle: Münster
- 4.) Wehrkreis VIII
Truppenübungsplatz Hohenhamer
Staatspolizeistelle: Breslau
Truppenübungsplatz Lamsdorf
Staatspolizeistelle: Oppeln
- 5.) Wehrkreis I
Münsterlager
Stalag D. 1 Wietzenhof
Staatspolizeistelle: Hamburg
- 6.) Wehrkreis XI
Truppenübungsplatz Bergen
Stalag 311 Bergen-Belsen
Stalag 321 Fallingb. Ostel
Staatspolizeistelle: Hannover
Außenstellenstelle: Wienburg

2 775246

65

- 2 -

7.)

Wehrkreis XIII

Oflag XIII A Muencheng

Staatspolizeistelle: Nürnberg - Fürth

Stalag Hammelburg

Staatspolizeistelle: Nürnberg - Fürth
Außendienststelle: Würzburg

Stalag XIII A Sulzbach-Rosenberg

" XIII B Weiden

Staatspolizeistelle: Regensburg

Stalag Falkenberg/Eger

Staatspolizeistelle: Karlsbad

8.)

Wehrkreis XX

Truppenübungsplatz Thorn

Staatspolizeistelle: Bromberg
Außendienststelle Thorn

USSR-19

CI-60766

62

Dem Chef des Stabs und des
B.Nr. 21 B/41 g - IV A 1 c

Berlin, den 29. Oktober 1941

300
15 Aufg.

Geheime Reichssache!

Schnellbrief!

Einsatzbefehl Nr 14.

Betr.: Richtlinien für die in die Stalage und Dulage
abzustellenden Kommandos des Chefs der Stipe
und des SD.

Vorg.: Erlasse vom 17.7., 12.9.1941.
B.Nr. 21 B/41 g Rs vom 26.9.41 B.Nr. 539/B/41 g
und vom 10.10.41 B.Nr. 815 B/41 g - IV A 1 c

Anlg.: Anlage 1 und 2.

In der Anlage übersende ich die Richtlinien für die
Shuherung der mit sowjetischen Kriegs- und Zivilgefangenen
belagten Kriegsgefangenen und Durchgangslager im rückwärtigen
Heeresgebiet zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung
(s. Anlage 1).

Diese Richtlinien sind im Einvernehmen mit dem OKH.
ausgearbeitet worden. Das OKH. hat die Befehlshaber des
rückwärtigen Heeresgebietes sowie die Bezirkskommandanten
der Kriegsgefangenen und die Kommandanten der Dulage vor-
ständigst (s. Anlage 2).

Die Einsatzgruppen stellen sofort, je nach Größe der
in ihrem Einsatzbereich befindlichen Lager Sonderkommandos
in ausreichender Stärke unter Leitung eines H-Führers ab

Die

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL

NUMERICAL SECRETARY

EXHIBIT 6147

Filed July 14, 1946

7683

Die Kommandos haben ihre Tätigkeit in den Lagern sofort aufzunehmen. Enge Zusammenarbeit mit den Lagerkommandanten und Abwehroffizieren wird zur Pflicht gemacht. Auftretende Schwierigkeiten sind durch persönliche Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen der Wehrmacht zu bereinigen.

Die in der Anlage 2 zum Einsatzbefehl Nr. 8 gegebenen Richtlinien sowie die hierzu ergangenen Ergänzungen und Nachtragserlasse sind sinngemäß anzuwenden.

Insbesondere mache ich zur Pflicht, daß die Einsatzbefehle Nr. 8 und 14 sowie die hierzu ergangenen Nachtragserlasse bei Gefahr im Verzuge sofort zu vernichten sind. Hierüber ist mir gegebenenfalls Bericht zu erstatten.

Verteiler:

Einsatzgruppe A

Karsnowardoisk

Einsatzkdo. Ia
" Ib
" 2
" 3

Einsatzgruppe B

Smolensk

Einsatzkdo. 7a
"v 7b
" 8
" 9

Sonderkommando Moskau

Einsatzgruppe C

Kiew

Sonderkdo. 4a
" 4b
" 5
Einsatzkdo. 6

Einsatzgruppe D

Nikolajew

Sonderkdo. 10a
" 10b
Einsatzkdo. 11a
" 11b
" 12

3898

Nachrichtlich:

64⁶⁸

Nachrichtlich:

dem Höheren ~~W~~ und Polizeiführer Nord (101)

dem " Mitte (102)

dem " S u d (103)

dem " z.b.V.

R i g a

M o g i l e w

Kriwoi-Rog

dem Reichsführer ~~W~~ und Chef der Deutschen Polizei

dem Chef der Sipo und des SD

dem Chef der Ordnungspolizei

den Amtschefs der Ämter I, II, III, IV, V, VI u. VII

dem Referat IV D 2, IV D 3

" IV D - ausl. Arbeiter

dem Gruppenleiter IV D

gez.: H e y d r i c h .

Beglaubigt:

[Handwritten Signature]
Kanzleiangestellte.

3899

Inst. f. Z

10-3422

Der Chef der Stabe und des SD
Bef. 21 B/41 g. B. - IV A 1 c

Berlin, den 29. Oktober 1941

Geheime Reichssache!

Schnellbrief

Einsatzbefehl Nr. 10.

Ziel: Richtlinien für die in die Stalage und Dulage abzurückenden Kommandos des Chefs der Stabe und des SD.
Vorg: Erlasse vom 17.7., 12.9.1941
Bef. 21 B/41 g. B. vom 24.9.41 B.Nr. 530/2/41 g
und vom 10.10.41 B.Nr. 515 B/41 g - IV A 1 c
Anlage: Anlage 1 und 2.

In der Anlage übersende ich die Richtlinien für die Sicherung der mit sowjetischen Kriegs- und Zivilgefangenen besetzten Kriegsgefangenen und Durchgangslager im rückwärtigen Heeresgebiet zur gefl. Kenntnisnahme und Beachtung (s. Anlage 1).

Diese Richtlinien sind in Einklang mit dem OKH. ausgearbeitet worden. Das OKH. hat die Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes sowie die Bezirkskommandanten der Kriegsgefangenen und die Kommandanten der Dulage verständigt (s. Anlage 2).

Die Einsatzgruppen stellen sofort, je nach Größe der in ihrem Einsatzbereich befindlichen Lager Sonderkommandos in ausreichender Stärke unter Leitung eines Führers ab.

111

10-3422

Ver 69

C 231

- 2 -

Die Kommandos haben ihre Tätigkeit in den Lagern sofort aufzunehmen. Enge Zusammenarbeit mit den Lagerkommandanten und Abwehrstellen wird zur Pflicht gemacht. Auftretende Schwierigkeiten sind durch persönliche Verhandlungen mit den in Frage kommenden Stellen der Wehrmacht zu beseitigen.

Die in der Anlage 2 zum Einsatzbefehl Nr. 8 gegebenen Richtlinien sowie die hierzu ergangenen Ergänzungen und Nachtragsentwürfe sind eingelegt anzuwenden.

Insbesondere mache ich zur Pflicht, daß die Einsatzbefehle Nr. 8 und 14 sowie die hierzu ergangenen Nachtragsentwürfe bei Gefahr im Verzuge sofort zu vernichten sind. Hierüber ist mir gegebenenfalls Bericht zu erstatten.

Verteiler:

<u>Einsatzgruppe A</u>	<u>Kernkommando</u>
Einsatzkdo. 1a	
" 1b	
" 2	
" 3	
<u>Einsatzgruppe B</u>	<u>Einzelkom</u>
Einsatzkdo. 7a	
" 7b	
" 8	
" 9	
<u>Sonderkommando Wuppertal</u>	<u>Einzel</u>
<u>Einsatzgruppe C</u>	<u>Einzel</u>
Sonderkdo. 4a	
" 4b	
" 5	
Einsatzkdo. 6	
<u>Einsatzgruppe D</u>	<u>Einzelkom</u>
Sonderkdo. 10a	
" 10b	
Einsatzkdo. 11a	
" 11b	
" 12	

Nachrichtlich:

- 3 -

Nachrichtlich:

dem Höheren W- und Polizeiführer Nord (101)
dem " " Mitte (102)
dem " " S.W.A. (103)
dem " " S.W.V.
dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
dem Chef der Stabe und des SD
dem Chef der Ordnungspolizei
dem Amtschef der Ämter I, II, III, IV, V, VI u. VII
dem Referat IV D 2, IV D 3
IV D - ausl. Arbeiter
dem Gruppenleiter IV D

W.F. 101
W.F. 102
W.F. 103
W.F. 104

g.m. Heydrich.

Beglaubigt:
H. Heilmann
Generalmajor

Geheime Reichssache!

Anlage 1

Richtlinien für die Aussonderung verdächtiger sowjetischer Kriegs- und Zivilgefangener des Ostfeldzuges in den Kriegsgefangenen- und Durchgangslagern im rückwärtigen Heeresgebiet.

Die Abstellung der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD erfolgt nach Vereinbarung zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD mit dem OKH v. 7.10.41 (s. Anlage 2).

Die Kommandos arbeiten auf Grund besonderer Ermächtigung und gemäß den ihnen erteilten allgemeinen Richtlinien im Rahmen der Lagerordnung in eigener Verantwortlichkeit selbständig. Es ist selbstverständlich, daß die Kommandos mit den Lagerkommandanten und Abwehrstellen enge Fühlung halten.

Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen Deutschlands. Dieser Gegner ist nicht nur militärisch, sondern auch politisch in Sinne des Volkes zerstörenden Bolschewismus gewacht. Er führt den Kampf mit jedem ihm zu Gebote stehenden Mittel: Sabotage, Zersetzungspropaganda, Brandstiftung, Mord usw. Dadurch hat der bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren.

Die besondere Lage des Ostfeldzuges erfordert rücksichtsloses und energisches Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Willkürlichkeit, insbesondere gegenüber bolschewistischen Netzern, Funktionären, Polittricks usw.

Die Kommandos haben daher möglichst unentgeltlich alle diejenigen Elemente unter den Kriegsgefangenen, die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen sind, auszusondern. Besondere Maßnahmen sind frei von Parteipolitik und Verwaltungssorgen einflusslos verantwortungsfreudig und pflichtbewusst durchzuführen.

- 2 -

Jeder Verkehr der Kriegsgefangenen mit der Zivilbevölkerung ist zu unterbinden.

Aufgabe der Kommandos ist somit, die politische Überprüfung aller Lagerinsassen sowie die Aussortierung und weitere Behandlung

- a) der in politischer, krimineller oder in sonstiger Hinsicht untragbaren Elemente, unter diesen
- b) jener Personen, die für den Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendet werden können

vorgehen.

Für die Durchführung dieser Aufgabe können den Kommandos keine geeigneten Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. Es muß gelingen, durch Einsatz zuverlässig erscheinender Kriegsgefangener als V-Personen und unter Ausnutzung aller sonst vorhandenen Möglichkeiten zunächst unter den Lagerinsassen alle ausscheidenden Elemente Tag um Tag zu ermitteln.

Durch kurze Vernehmung der Festgestellten und evtl. Befragung anderer Gefangener haben sich die Kommandos in jedem Fall endgültige Klarheit über die zu treffenden Maßnahmen zu verschaffen.

Die Angabe eines V-Mannege genügt ohne weiteres nicht, einen Lagerinsassen als verdächtig zu bezeichnen. Vielmehr muß nach Möglichkeit irgendeine eine Bestätigung erreicht werden.

Vor allem sind zusehends zu machen:

- 1) alle bedeutenden Funktionäre des Staates und der Partei, insbesondere Berufsrevolutionäre,
- 2) Funktionäre der Komintern,
- 3) alle nachstehenden Parteifunktionäre der KPD SV mit ihrer Lebensgeschichte in den Zentralkomitee, den ZSU- und Gebietskomitee,
- 4) alle Volkskommissare und ihre Stellvertreter,
- 5) alle ehem. Polit. Kommissare der Roten Armee,

- 6) die leitenden Personalitäten der Betriebe und Wirtschaftseinheiten bei den Staat, Betrieben,
- 7) die führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens,
- 8) die sowjetrussischen Intelligenzen und Juden, soweit es sich um Berufsrevolutionäre oder Politiker, Schriftsteller, Redakteure, Korrespondenten, usw. handelt,
- 9) alle Personen, die als Aufwiegler oder sonstige Kommunisten festgestellt wurden.

Wegen des beständigen Mangels an Ärzten und Sanitätspersonal in den Lagern, sind diese, auch wenn es sich um jeden handelt, außer in ganz besondere begründeten Fällen, von der Aussonderung auszunehmen und in den Gefangenenlagern zu belassen.

Die Aussonderung der Kriegsgefangenen nach ihrer Volkstumsangehörigkeit erfolgt durch die Lagerleitung. Nicht minder wichtig sind, wie bereits erwähnt, die Feststellungen jener Personen, die für den Wiederaufbau, die Verwaltung und Wirtschaftung der eroberten russischen Gebiete Verwendung finden können (insbes. solche, die unter Ziffer 6 und 7 fallen).

Entlich müssen solche Personen, die zum Abschluss weiterer Ermittlungen, gleichgültig ob politischer oder sonstiger Art und zur Klärung allgemein interessierender Fragen noch gebracht werden, sichergestellt werden. Darunter fallen neben den unter Ziffer 6 und 7 aufgeführten Personen jene höheren Staats- und Parteifunktionäre, die auf Grund ihrer Stellung und ihrer Kenntnisse in der Lage sind, Auskunft über Maßnahmen und Arbeitsmethoden des sowjetrussischen Staates, der kommunistischen Partei oder der Komintern zu geben.

Bei den zu treffenden Entscheidungen ist selbstverständlich auch auf die volkliche Zugehörigkeit Bedacht zu nehmen.

Jede Woche geben die Leiter der Sonderkommandos den Chefs ihrer Einsatzgruppe einen Kurzbericht. Dieser hat zu enthalten:

1. genaue Schilderung der Tätigkeit in der vergangenen Woche,
2. Zahl der endgültig als verdächtig ausgewiesenen Personen (Schlussangabe gemäß)
3. namentliche Benennung der als Funktionäre der Komintern, sowjetrussischen Funktionäre der Partei, Volkskommissare, Polit. Kommissare leitenden Personalitäten. Festgestellte Personen mit kurzer Beschreibung ihrer Stellung.
4. Zahl der als unverdächtig zu bezeichnenden Personen:
 - a) Kriegsgefangene
 - b) Zivilpersonen

Die Chefs der Einsatzgruppen entscheiden über die Exekutionsverordnungen in eigener Verantwortlichkeit und erteilen den Sonderkommandos entsprechende Weisungen.

Für die auf Grund dieser Weisungen sodann zu treffenden Maßnahmen haben die Sonderkommandos die Verantwortung der Gefangenen bei der Lagerleitung zu beantragen.

Die Lagerkommandanten sind von GWF angewiesen, derartigen Anträgen stattzugeben.

Exekutionen sind unauffällig an geeigneten, abgelegenen Orten durchzuführen und dürfen vor allem nicht in oder in unmittelbarer Nähe der Lager vollzogen werden. Für sofortige und ordnungsgemäße Bestattung der Leichen ist Sorge zu tragen.

Sollten aus Gründen der Lagerdisziplin Exekutionen erforderlich sein, so hat sich der Leiter des Sonderkommandos diesbezüglich an den Lagerkommandanten zu wenden.

Über die durchgeführten Sonderbehandlungen haben die Sonderkommandos pflichtig Listen zu führen, die diesen enthalten:

Konfession, Partei
Familien- und Vornamen
Geburtszeit und Ort
Militärischer Dienstgrad
Krankengeschichte
Dienst
letzter Wohnort
Grund der Sonderbehandlung
Tag und Ort der Sonderbehandlung

Diese Listen (Zettelammlung) sind dem Chef der Einsatzgruppen zu übermitteln.

Über die Tätigkeit der Sonderkommandos legen die Chefs der Einsatzgruppen für ihren Einsatzbereich monatlich zusammengefasste Kurzberichte nach den für die Tätigkeitsberichte der Sonderkommandos geltenden Muster vor.

Hinsichtlich der möglichen Abschiebe von zuverlässigen V-Personen aus den Lagern zu den Einsatzkommandos im rückwärtigen Heeresgebiet in Generalgouvernement oder in Bereich des Wehrkreises I haben sich die Leiter der Sonderkommandos mit den Chefs ihrer Einsatzgruppen in Verbindung zu setzen.

Hervorragendes Auftreten in und außer Dienst, bestes Einvernehmen mit den Lagerkommandanten, sofortige Überprüfung der Arbeit wird den Leitern der Sonderkommandos und allen Angehörigen zur besonderen Pflicht gemacht.

Die Angehörigen der Sonderkommandos haben sich der besonderen Bedeutung der ihnen gestellten Aufgaben stets bewußt zu sein.

Laut deutschem Umdruck heißt der Text folgendermaßen:

".....

Insbesondere ist festgestellt worden, dass bei Fussmrschen, z.B. vom Bahnhof zum Lager, eine nicht unerhebliche Zahl von Kriegsgefangenen wegen Erschöpfung unterwegs tot oder halbtot zusammenbricht und von einem nachfolgenden Wagen aufgelesen werden muss.

Es ist nicht zu verhindern, dass die deutsche Bevölkerung von diesen Vorgängen Notiz nimmt.

Wenn auch derartige Transporte bis zum Konzentrationslager in der Regel von der Wehrmacht durchgeführt werden, so wird die Bevölkerung doch diesen Sachverhalt auf das Konto der SS buchen.

Um derartige Vorgänge in Zukunft nach Möglichkeit auszuschliessen, ordne ich daher mit sofortiger Wirkung an, dass als endgültig verdächtig ausgesonderte Sowjetrussen, die bereits offensichtlich dem Tode verfallen sind (z.B. bei Hungertyphus) und daher den Anstrengungen, insbesondere eines wenn auch kurzen Fussmarsches, nicht mehr gewachsen sind, in Zukunft grundsätzlich vom Transport in die Konzentrationslager zur Exekution....."

5.2.68 - i. A. f12

72
~~64a~~

A b s c h r i f t

aus "Vollmacht des Gewissens" Seite 400
(Heinz Uhlig: Der verbrecherische Befehl)

Anlage 1

Richtlinien für die Aussonderung verdächtiger
sowjetrussischer Kriegs- und Zivilgefangener

Die Chefs der Einsatzgruppen entscheiden über die Exekutionsvorschläge in eigener Verantwortlichkeit und erteilen den Sonderkommandos entsprechende Weisungen. Für die auf Grund dieser Weisungen sodann zu treffenden Massnahmen haben die Sonderkommandos die Herausgabe der Gefangenen bei der Lagerleitung zu beantragen. Die Lagerkommandanturen sind vom OKH angewiesen, derartigen Anträgen stattzugeben ...

(NO 3422
Institut für
Zeitgeschichte)

Vermerk:

Vorstehendes Dokument ist ebenfalls abgedruckt in
"Anatomie des SS-Staates" Band II Seite 264.

B 2008

Freiburg 16 552
A b s c h r i f t !

07 95
73
- 120 -

Oberkommando des Heeres

H.Qu. OKH, den 24.7.1941.

Gen St d H

Gen. zbv b ObdH/GenQu Abt.K.Verw.

Nr.II/ 4590/41 geh.

G e h e i m !

Betr.: Russische Kriegsgefangene

In den Kriegsgefangenenlagern des Operationsgebietes sind umgehend folgende Massnahmen durchzuführen:

I. Sichtung, Aussonderung:

Die Kriegsgefangenen sind nach Möglichkeit in folgende Gruppen zu trennen:

1. Volksdeutsche, Ukrainer, Litauer, Letten, Esten;
2. Asiaten (ihrer Rasse nach), Juden, deutsch sprechende Russen;
3. Politisch untragbare und verdächtige Elemente, Kommissare und Hetzer;
4. Offiziere und Unteroffiziere;
5. Sonstige Kriegsgefangene.

II. Einsatz und Abschub:

1. Die Kriegsgefangenen unter I 1. sind möglichst nicht abzuschieben; sie sind abwehrmässig (A.O. der Dulag) zu überprüfen. Alle Vorbereitungen sind dahingehend zu treffen, dass im Fall eines Befehls zur Entlassung
 - a) die in der Nähe Beheimateten entlassen werden,
 - b) im übrigen Arbeitskolonnen zum Einsatz in der Landwirtschaft gebildet werden,
 - c) besonders Zuverlässige als Hilfspolizisten und Dolmetscher verwendet werden können.
2. Ein Abschub der unter I 2. aufgeführten Kriegsgefangenen ins Reich hat zu unterbleiben. Sie sind in erster Linie für den Arbeitseinsatz im Operationsgebiet heranzuziehen, da ein Arbeitseinsatz dieser Kriegsgefangenen im Reich nicht in Frage kommt.

Den Forderungen der Luftwaffe und Kriegsmarine auf Gestellung von Kriegsgefangenen-Arbeitskräften ist zu entsprechen.

26
74

3. Die Kriegsgefangenen unter I 3. sind vom Abschub in die Heimat ausgeschlossen. Mit ihnen ist nach Entscheidung der Lagerkommandanten gemäß gegebener Sonderanordnungen zu verfahren.

Ein Einsatz von Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des S D in den Kriegsgefangenenlagern des Operationsgebietes kommt hierbei nicht in Betracht.

4. Die Kriegsgefangenen unter I 4. und 5. sind - soweit sie nicht im Operationsgebiet zur Arbeit benötigt werden - wie bisher an die Kriegsgefangenen-Heimatorganisationen bzw. an die Übernahmestellen des O K W an der Ostwärtigen Grenze der "politischen Verwaltungsgebiete" abzuschieben. Das Führerpersonal ist vordringlich abzubefördern.

III. Behandlung von Spezialisten.

Nach Möglichkeit sind die Hauptberufsgruppen wie Landarbeiter, Bauarbeiter, Handwerker usw. zahlenmäßig zu erfassen und gegebenenfalls in Arbeitskolonnen oder -gruppen zu beschäftigen.

Um eine beschleunigte Ingangsetzung der Wirtschaft und Einbringung der Ernte zu gewährleisten, sind insbesondere folgende Spezialisten auszusondern und vorläufig nicht abzuschieben:

1. Traktorenführer, technisches Personal, das in Traktorenstationen oder sonstigen Reparaturwerkstätten für Traktoren, Lkw. und landwirtschaftliche Maschinen tätig war;

2. Technisches und Verwaltungspersonal von Kraftstofflagern, Erdölraffinerien usw.

Diese Spezialisten sind dem IV Wi der zuständigen Feldkommandantur und den Divisionen zur Weiterleitung an die zuständigen Wi In und Wi Kdo zahlenmäßig zu melden und auf Anforderung zur Arbeit abzustellen.

Die Wi In werden gebeten, zur Unterstützung bei dieser Aussonderungsaktion Dolmetscher in die Lager zu entsenden.

IV. Verwundete Kriegsgefangene:

Um die Heimat vor einer Überschwemmung mit russischen Verwundeten zu bewahren, wird in Abänderung der Ziffer 5)

der Verfügung OKH/Gen Qu Az. 1282 Qu 4 A/IV b (IIa) Nr. I/17916/41 vom 7.7.41 befohlen:

- 1.) Transportfähige leichtverwundete Kriegsgefangene, die voraussichtlich in etwa 4 Wochen wieder gesund sind, sind mit den übrigen Kriegsgefangenen zu den Kriegsgefangenenübernahmestellen des OKW abzuschieben, wenn durch vorherige Anfrage ihre Aufnahme dort sichergestellt ist.
- 2.) Alle übrigen Verwundeten sind in Zukunft nicht mehr in die Kriegsgefangenen-Heimatsorganisationen des OKW abzuschieben. Sie sind in besonderen beheftmässigen Kriegsgefangenenlazaretten, die durch die Dulags einzurichten sind, zu betreuen. Diese Lazarette sind jedoch nicht innerhalb der Dulags, sondern in einiger Entfernung von ihnen (500 - 1000 m) zu schaffen. Zur Pflege und Behandlung sind im grössten Umfang russische Kriegsgefangene und Zivilärzte und russisches Pflegepersonal (auch Zivilisten) einzusetzen. Es sind nur russisches Wirtschaftsgerät, sowie russische Arznei- und Verbandmittel, vor allem aber russische Sera zu verwenden. Bei Verlegung der Dulags sind die Kriegsgefangenen-Lazarette den Kommandanturen zu übergeben, die die Aufsicht übernehmen; im übrigen müssen die russischen Kräfte ausreichen.

V.) Behandlung von Zivilpersonen:

Zivilgefangene sind im allgemeinen nicht in die Kriegsgefangenenlager aufzunehmen.

Alle hinter der Front sich herumtreibenden Zivilpersonen, bei denen begründeter Verdacht besteht, dass es sich um entwichene russische Soldaten handelt, sind aufzugreifen und wie Kriegsgefangene zu behandeln (OKH/Gen Qu II / 8809/41 v.1.7.41). Stellt sich nach Überprüfung in den Lagern heraus, dass unter den Festgenommenen tatsächlich Zivilisten sind, so ist wie folgt zu verfahren:

1. Wenn sie unverdächtig und in der Nähe beheimatet sind, sind sie wieder freizulassen.

2. Wenn sie irgendwie verdächtig erscheinen oder ihre Heimatsorte soweit entfernt liegen, daß ihr regelloses Zurückströmen zu einer Gefahr für die Sicherheit des Landes führen kann,

entscheidet im Armeegebiet die Truppe entsprechend den bereits gegebenen Befehlen über die zu ergreifenden Maßnahmen;

im rückwärtigen Heeresgebiet sind sie an die Einsatzgruppen und -Kommandos der Sicherheitspolizei und des S D abzugeben.

I. A.

gez Unterschrift.

F. d. R. d. A.

Thutning

Hauptmann.

Int. f. 8

2 776226

CI 27

NO 3448

77

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

B.Nr. 21 B/41 g.Ra. IV A 1 c

Berlin, den

30. August 1941

Ausfertigung

Geheime Einsache

B. Nr. 11841 g.Ra.
4. 4. 41

Betr.: Richtlinien für die in die St. und d. stellenden Kommandos des Chfs. Polizei und des SD.

Vorg.: Ohne.

Anl.: Eins. tzbefehl Nr. 8 (Ausfertigung. 1. 1. 1.)
mit Anlage 1, 2 und 3
Einsatzbefehl Nr. 9 (Ausfertigung. 1. 2. 1.)
mit 1 Anlage.

In der Anlage übersende ich die Eins. tzbefehle Nr. 8 und 9 mit Anlagen zur gefl. Kenntnisnahme.

Aus den Kri. gefangenenlagern im Generalgouvernement und im Bereich des Wehrkreises I werden fortlaufend sowjetrussische Kriegsgefangene in Gefangenenlager im Reichsgebiet verlegt. Teilweise erfolgt dann sofort ihr Arbeitseinsatz in geschlossenen Kommandos in heereseigenen Betrieben oder beim Straßenbau.

Diese Kriegsgefangenen sind zum Teil garnicht oder nur oberflächlich überprüft. Es ist aber unerlässlich, daß sämtliche sowjetrussische Lagerinsassen sowie die bereits eingesetzten Arbeitskommandos nach den in der Anlage 2 zum Einsatzbefehl Nr. 8 gegebenen Richtlinien gründlich überprüft werden.

Die Staatspolizei-leit-stellen werden daher ersucht, sich in ihrem Dienstbereich ständig darüber zu unterrichten, ob evtl. vorhandene Kriegsgefangenenlager mit sowjetrussischen Kriegsgefangenen belegt bzw. neue Lager errichtet worden sind oder ob Arbeitskommandos zum Einsatz gelangt sind bzw. ob dies zu erwarten steht. Gegebenenfalls sind gemäß Einsatzbefehl Nr. 9 Einsatzkommandos zur Säuberung der Gefangenenlager abzustellen. Für die einheitliche Ausrichtung und Überprüfung der Tätigkeit

Erstatter

2 775246

78

- 2 -

mehrerer Arbeitskommandos ist ein Sonderbeauftragter einzusetzen. Hierüber ist mir von Fall zu Fall vorher Mitteilung zu machen.

Werden wichtige politische Kommissare oder Funktionäre festgesetzt, so sind mir diese unter Angabe der vollständigen Personalien zu melden, wenn diese in der Lage und bereit sind, wichtige Angaben über ihre Tätigkeit und über Verhältnisse in der SU bzw. zu machen.

Nach Mitteilung des Reichsministers für das besetzte Ostgebiete ist ferner beabsichtigt, mit der propagandistischen Bearbeitung der sowjetrussischen Kriegsgefangenen zu beginnen. Vorgesehen sind hierfür geeignete sowjetrussische Kriegsgefangene.

Ich ersuche, gegebenenfalls der Führer der Einsatzkommandos anzuweisen, aus den als festgestellten sowjetrussischen Kriegsgefangenen geeignet und zuverlässig erscheinende Elemente auszuwählen und mir diese unter Angabe ihrer vollständigen Personalien und ihres Lagers bzw. Aufenthaltsortes zu melden.

Mit den Lagerkommandanten empfehle ich zu vereinbaren, daß die für diesen Zweck vorgesehenen Kriegsgefangenen bis zum Eingang weiterer Weisung in ihren bisherigen Lagern bzw. Arbeitskommandos verbleiben.

Exekutionen sind nur in den nächst liegenden Konzentrationslagern durchzuführen.

Entsprechende Weisungen an die Kommandeure der Lager gehen von hier nur nach Eingang der Exekutionsvorschläge.

Für die sichere Unterbringung der als endgültig festgestellten sowjetrussischen Kriegsgefangenen bis zum Abtransport in das Konzentrationslager sowie für ihre sichere Überführung dorthin und Ausschaltung jeder Fluchtmöglichkeit ist Sorge zu tragen.

Überexemplare

2 775240

79

- 3 -

Überexemplare der Einsatzbefehle Nr. 8 und 9 für die Führer der Einsatz- und fliegenden Kommandos können angefordert werden.

Verteiler:

An die

Staatspolizeileitstelle	Berlin
"	Bonn
"	Danzig
"	Düsseldorf
"	Karlsruhe
"	Kattowitz
"	Magdeburg
"	München
"	Paris
"	Reichenberg
"	Stuttgart
"	Wien
Staatspolizeistelle	Aachen
Außendienststelle	Augsburg
Außendienststelle	Bielefeld
Staatspolizeistelle	Braunschweig
"	Frankfurt
"	Chemnitz
"	Darmstadt
Außendienststelle	Dresden
Staatspolizeistelle	Dortmund
Außendienststelle	Erfurt
Staatspolizeistelle	Frankfurt/Main
"	Graz
"	Graz
Außendienststelle	Hildesheim

2 775242

80

- 4 -

An die

Staatspolizeistelle

"

"

"

"

"

"

"

"

Außendienststelle

Staatspolizeistelle

"

Außendienststelle

Staatspolizeistelle

Außendienststelle

Staatspolizeistelle

"

"

"

"

Außendienststelle

Hohenhausen

Innsbruck

Kassel

Kiel

Magdeburg

Koblenz

Köln

Köln

Leipzig

Liegnitz

Litz

Litzmannstadt

München a.d.W.

Osnabrück

Plauen

Saarlouis

Salzburg

Trier

Troppau

Weimar

Wesermünde

Nachrichtlich:

An den

höheren W- und Pol.Führer S. d. Wert

Schweinfurt

Wald-Werra

Kassel

Rein

Wiesbaden

Donau

Wien

Alpenland

Salzburg

2 7.7.52 46

81

- 5 -

An den

Höheren H- und Polizeiführer beim
Reichsprotector für Böhmen und Mähren

Prag

An den

Inspekteur der Sipo und des SD

Kassel

"

Potsdam

"

Salzburg

"

Stuttgart

"

Wien

"

Wienbaden

Kommandeur der Sipo und des SD

Kempten

In Vertretung:

gez. Müller.

Beiglaubigt:

Müller

Kanzleiangehende.



WD

Oberkommando der Wehrmacht
Az. 2 24.11 AWA/Kriegsgef.(I)

Berlin-Schöneberg, den 8.9.1941.
Badensche Str. 51.

Nr. 3056/41 geh.

- 2 Anlagen -

G e h e i m !

Betr.: Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener.

Bezug: 1. OKW/Kriegsgef. 26/41 g.K.v. 18.6.1941 (nur an Kdeur.d.Kgf. im Wehrkreis I und Gen.Gouv.)
2. OKW/Kriegsgef. 2144/41 geh.v. 26.6.1941.
3. OKW/Kriegsgef. 2401/41 geh.v. 17.7.1941.
4. OKW/Kriegsgef. I⁵ Nr. 3015/41 v. 2.8.1941. /

In der Anlage wird eine Zusammenfassung bzw. Ergänzung der bisher mit verschiedenen Befehlen gegebenen Richtlinien über die Behandlung von sowjet. Kriegsgefangenen übersandt. Die vom OKH/Gen.Qu für das Operationsgebiet schon gegebenen Richtlinien sind überbunden. Durch diesen Befehl sind die im Bezug aufgeführten Befehle, soweit in der Anlage nicht ausdrücklich auf sie Bezug genommen ist, aufgehoben.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage:

R e i n e c k e

Oberkommando der Wehrmacht
Az. 2 24.11 AWA/Kriegsgef.(I)

Berlin-Schöneberg, den 8.9.1941.
Badensche Str. 51.

Nr. 3058/41 geh.
- 2 Anlagen -

G e h e i m !

Betr.: Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener.
Bezug: 1. OKW/Kriegsgef. 26/41 G.K.v. 16.6.1941 (nur an Kdeur.d.Kgf. im Wehrkreis I und Gen.Gouv.)
2. OKW/Kriegsgef. 2144/41 geh.v. 26.6.1941.
3. OKW/Kriegsgef. 2401/41 geh.v. 17.7.1941.
4. OKW/Kriegsgef. I⁵ Nr. 3019/41 v. 2.8.1941. /

In der Anlage wird eine Zusammenfassung bzw. Ergänzung der bisher mit verschiedenen Befehlen gegebenen Richtlinien über die Behandlung von sowjet. Kriegsgefangenen übersandt. Die vom OKH/Gen. Qa für das Operationsgebiet schon gegebenen Richtlinien sind berücksichtigt. Durch diesen Befehl sind die im Bezug aufgeführten Befehle, soweit in der Anlage nicht ausdrücklich auf sie Bezug genommen ist, aufgehoben.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

Im Auftrage:

R e i c h e k e

können nur beschränkt gelten, da sie die Voraussetzung beim Einschreiten unter allgemein friedlichen Verhältnissen geben. Bei den sowjet. Kr. Gef. ist es schon aus disziplinaren Gründen nötig, den Waffengebrauch sehr scharf zu handhaben. Wer zur Durchsetzung eines gegebenen Befehls nicht oder nicht energisch genug von der Waffe Gebrauch macht, macht sich strafbar.

Auf flüchtige Kr. Gef. ist sofort ohne vorherigen Haltruf zu schießen. Schreckschüsse dürfen niemals abgegeben werden. Die bisher bestehenden Bestimmungen, insbesondere H. Dv. 38/11, Seite 13 usw. werden insoweit aufgehoben.) Auf der anderen Seite ist jede Willkür untersagt. Der arbeitswillige und gehorsame Kr. Gef. ist korrekt zu behandeln. Vorsicht und Misstrauen dem Kr. Gef. gegenüber ist jedoch niemals ausser Acht zu lassen. Waffengebrauch gegenüber sowjet. Kr. Gef. gilt in der Regel als rechtmässig.

Jeder Verkehr der Kr. Gef. mit der Zivilbevölkerung ist zu verhindern. Dies gilt insbesondere für das besetzte Gebiet. Auf die Trennung des Kr. Gef.-Führerpersonals (Offiziere und Unteroffiziere), die bereits durch das Feilkeer durchgeführt ist, ist auch im Gebiet der Wehrmachtbefehlshaber und im Reichsgebiet schärfstens zu achten. Jede Verständigung zwischen Führerpersonal und Mannschaften, auch durch Zeichen, muss unmöglich gemacht werden.

Aus geeigneten sowjet. Kr. Gef. ist eine Lagerpolizei in den Lagern und auf den grösseren Arbeitskommandos zu bilden, die zur Durchführung der Ordnung und Erhaltung der Disziplin vom Kommandanten eingesetzt wird. Zur wirksamen Durchführung ihrer Aufgaben darf die Lagerpolizei innerhalb der Drahtumzäunung mit Stöcken, Peitschen oder ähnlichem ausgerüstet werden. Die Verwendung solcher Schlagwaffen durch deutsche Soldaten wird ausdrücklich verboten. Durch bessere Verpflegung, Behandlung und Unterkunft soll ein Ausführungsorgan im Lager geschaffen werden, das die Tätigkeit der deutschen Wachmannschaft stark

entlastet.

II. Behandlung von Volkstumangehörigen.

Auf Grund der bisherigen Befehle hat bereits in der bisherigen "Heimatorganisation" (Gen. Gouvernement und W.K.I) sowie in den Lagern des Reiches eine Aussonderung der Kr. Gef. nach ihrer Volkstumszugehörigkeit stattgefunden. Es kommen hierfür folgende Volkstumszugehörige in Frage:

Volksdeutsche,
Ukrainer,
Weissrussen,
Polen,
Litauer,
Letten,
Esten,
Rumänen,
Finnen,
Georgier.

Soweit eine Aussonderung aus besonderen Gründen noch nicht durchgeführt werden konnte, ist diese umgehend nachzuholen. Dies gilt besonders für die in den Gebieten der Wehrmachtbefehlshaber neu anfallenden Kr. Gef..

Folgende Volkstumsangehörige werden beschleunigt in ihre Heimat entlassen werden:

Volksdeutsche,
Ukrainer, Weissruthenen,
Letten,
Esten,
Litauer,
Rumänen,
Finnen.

Über die Durchführung dieser Entlassungen ergehen Sonderbefehle.

Sofern bei einzelnen dieser Volkstumsangehörigen zu vermuten ist, dass sie auf Grund ihrer Einstellung dem deutschen Volke und dem Nationalsozialismus schädlich oder gefährlich werden können, sind sie von der Entlassung auszunehmen und ist mit

...nen nach Ziff. III zu verfahren.

III. Aussonderung von Zivilpersonen und politisch unerwünschten Kr. Gef. des Ostfeldzuges.

1. Absicht.

Die Wehrmacht muss sich umgehend von allen denjenigen Elementen unter den Kr. Gef. befreien, die als bolschewistische Triebkräfte anzusehen sind. Die besondere Lage des Ostfeldzuges verlangt daher besondere Massnahmen, die frei von bürokratischen und verwaltungsmässigen Einflüssen verantwortungsfreudig durchgeführt werden müssen. >

2. Weg zur Erreichung des gesteckten Zieles.

- A. Ausser der in den Kr. Gef.-Lagern erfolgten Gliederung nach Nationalitäten, s. Ziff. II, sind die Kr. Gef. (auch Volkstumsangehörige) sowie die in den Lagern vorhandenen Zivilpersonen wie folgt auszusondern:
- a) politisch Unerwünschte
 - b) politisch Ungefährliche
 - c) politisch besonders Vertrauenswürdige (die für den Einsatz zum Wiederaufbau der besetzten Gebiete verwendungsfähig sind).
- B. Während die Trennung nach Nationalitäten, Führerpersonal usw. durch die Lagerorgane selbst vorgenommen wird, stellt zur Aussonderung der Kr. Gef. hinsichtlich ihrer politischen Einstellung der Reichsführer //

Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes

zur Verfügung. Sie sind dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD unmittelbar unterstellt, für ihren Sonderauftrag besonders geschult und treffen ihre Massnahmen und Ermittlungen im Rahmen der Lagerordnung nach Richtlinien, die sie von diesen erhalten haben. |

Den Kommandanten besonders deren Abwehroffizieren wird engste Zusammenarbeit mit den Einsatzkommandos zur

Pflicht gemacht.

3. Weitere Behandlung der nach Ziff. 2 ausgesonderten Gruppen.

A. Militärpersonen.

Über die als "politisch unerwünschten Elemente" Ausgesonderten entscheidet das Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD. Sollten einzelne als verdächtig angesehen sich später als unverdächtig herausstellen, so sind sie zu den übrigen Kr. Gef. im Lager zurückzuführen. Dem Ersuchen des Einsatzkommandos auf Herausgabe von weiteren Personen ist stattzugeben. Offiziere werden vielfach als "politisch Unerwünschte" der Aussonderung unterliegen. Zu den Militärpersonen rechnen auch solche Soldaten, die in Zivilkleidung gefangen wurden.

B. Zivilpersonen.

Soweit unverdächtig, ist ihre baldige Zurückführung ins. besetzte Gebiet anzustreben. Den Zeitpunkt hierfür gibt der zuständige Wehrmachtbefehlshaber (bzw. der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes) nach Zustimmung der zuständigen Dienststelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. an. Grundlegend für die Rückführung ist der gesicherte Einsatz in Arbeit am Heimatort oder in besonders aufzustellenden Arbeitsformationen. Für die Bewachung während der Rückführung trägt der Wehrmachtbefehlshaber (bzw. der Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes) die Verantwortung. Nach Möglichkeit stellt das Lager Begleitkommando. Politisch unerwünschte Zivilpersonen sind wie unter A. zu behandeln.

C. Vertrauenswürdige Personen sind zur Aussonderung der politisch Unerwünschten und zu sonstigen Arbeiten der Lagerverwaltung heranzuziehen.

(Auf Volksdeutsche wird besonders hingewiesen, jedoch ist damit zu rechnen, dass auch unter diesen sich Ele-

mente befinden, die als "politisch Unerwünschte" zu gelten haben).

Erscheinen die vertrauenswürdigen Personen für den Einsatz zum Wiederaufbau im besetzten Gebiet besonders geeignet, so darf einem Freigabeersuchen des Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD nur dann widersprochen werden, wenn ein abwehrmässiges Interesse an einer bestimmten Person besteht.

IV. Arbeitseinsatz sowjet. Kr. Gef.

1. Allgemeines.

Sowjet. Kr. Gef. dürfen nur in geschlossenen Kolonnen unter strengster Absonderung von Zivilpersonen und Kr. Gef. anderer Nationalitäten eingesetzt werden. (Kolonnenmässiger Einsatz). Es kommen nur Arbeitsstellen in Frage, an denen die Kr. Gef. unter ständiger Aufsicht der Wachmannschaften arbeiten können. Die Trennung von Zivilpersonen und Kr. Gef. anderer Nationalitäten muss nicht nur in der Unterkunft, sondern auch an der Arbeitsstätte durchgeführt werden. Es ist dabei zu bedenken, dass die Wachmannschaften am sofortigen Waffengebrauch nicht durch die Rücksicht auf etwa anwesende Dritte behindert werden dürfen.

2. Besondere Bestimmungen für den Arbeitseinsatz im Reichsgebiet.

Oberster Grundsatz für den Einsatz sowjet. Kr. Gef. im Reichsgebiet ist die unbedingte Sicherheit deutschen Lebens und deutschen Gutes.

Die Verantwortung für den ordnungsgemässen Arbeitseinsatz der sowjet. Kr. Gef. tragen hier ausschliesslich die den Einsatz verfügenden Wehrmachtdienststellen.

Der Einsatz hat daher in erster Linie bei wehrmachteigenen Arbeiten zu erfolgen. Für den Einsatz im zivilen Sektor können die örtlichen Arbeitseinsatzbehörden Vorschläge machen, die Entscheidung liegt entgegen den Bestimmungen über den Einsatz der übrigen Kr. Gef. bei den Wehrmacht-

dienststellen. Wo an einer zivilen Arbeitsstelle nicht alle Voraussetzungen für die ständige Bewachung und unbedingte Trennung von der Zivilbevölkerung erfüllt sind, darf der Einsatz nicht genehmigt werden. Fällt eine der Voraussetzungen später fort, ist das Arbeitskommando sofort zurückzuziehen.

Im übrigen ist die Verfügung OKW/Kriegsgef. (1⁵) Nr. 5015/41 vom 2.8.41 genauestens zu beachten. Verstösse gegen dieselbe sind nachträglich zu ahnden.

3. Bewachung.

Für die Bewachung der sowjet. Kr. Gef. sind möglichst gut ausgebildete, energische und umsichtige Wachmannschaften einzuteilen und ständig durch den A. O. des L. Stammlagers zu schulen.

Auf je 10 Kr. Gef. muss mindestens ein Wachmann eingesetzt werden. Es darf aber niemals nur ein Wachmann allein eingesetzt werden. Sollte ein Arbeitskommando nur eine Stärke bis zu 10 Mann haben, so müssen zur Bewachung zwei Wachmänner verwendet werden. Die Ausrüstung der Wachmannschaften mit Handgranaten ist anzustreben. Die Bewachungsmannschaften grösserer Kolonnen müssen auch mit M.G.'s oder Maschinen-Pistolen ausgestattet werden.

Die Arbeitsstellen sind häufig durch geeignete Offiziere oder erfahrene Unteroffiziere zu kontrollieren. Sie haben für unbedingte Befolgung der gegebenen Befehle Sorge zu tragen.

Das als Anlage beigefügte Merkblatt ist zum Gegenstand häufiger und eingehender Belehrung zu machen.

Die Unterkünfte sowjet. Kr. Gef. auf Arbeitskommandos sind auch des Nachts stets zu bewachen und durch Aufsichtsorgane von Zeit zu Zeit zu überprüfen.

V. Schlussbemerkungen.

Die Kommandeure der Kriegsgef. sind persönlich dafür ver-

antwortlich zu machen, dass die vorstehenden Anordnungen von den unterstellten Einheiten mit aller Schärfe eingehalten werden. Diese Aufgabe darf auch durch den Wechsel von Dienststellen unter keinen Umständen unterbrochen oder beeinträchtigt werden. Es sind daher alle neu herangezogenen und eingesetzten Dienststellen und Einheiten eingehend über den Inhalt der Anordnungen zu belehren.

90

90

M e r k b l a t t

für die Bewachung sowjet. Kriegsgefangener.

Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsoz. Deutschland.

Zum ersten Male in diesem Kriege steht dem deutschen Soldaten ein nicht nur soldatisch, sondern auch politisch geschulter Gegner gegenüber, der im Kommunismus sein Ideal, im Nationalsozialismus seinen ärgsten Feind sieht. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus ist ihm jedes Mittel recht: Heckenschützenkrieg, Bandidentum, Sabotage, Brandstiftung, Zersetzungpropaganda, Mord. Auch der in Gefangenschaft geratene Sowjetsoldat, mag er auch äusserlich noch so harmlos erscheinen, wird jede Gelegenheit benutzen, um seinen Hass gegen alles Deutsche zu betätigen. Es ist damit zu rechnen, dass die Kr. Gef. entsprechende Anweisungen für ihre Betätigung in der Gefangenschaft erhalten haben. Ihnen gegenüber ist also äusserste Wachsamkeit, grösste Vorsicht und schärfstes Misstrauen dringendes Gebot.

Für die Bewachungsmannschaften gelten folgende Richtlinien:

- 1.) Rücksichtsloses Durchgreifen bei den geringsten Anzeichen von Widersetzlichkeit und Ungehorsam!
Zur Brechung von Widerstand ist von der Waffe schonungslos Gebrauch zu machen.
Auf fliehende Kr. Gef. ist sofort (ohne Nachsicht) zu schiessen mit der festen Absicht zu treffen.
- 2.) Jede Unterhaltung mit den Kr. Gef. - auch auf dem Marsch von und zur Arbeitsstelle - soweit sie sich nicht auf unbedingt notwendige dienstliche Anweisung bezieht, ist streng verboten.
Es gilt unbedingtes Rauchverbot auf Märschen zu und von Arbeitsplätzen, sowie während der Arbeit.

Jede Unterhaltung der Kr. Gef. mit Zivilpersonen ist in gleicher Weise, notfalls unter Anwendung von Waffengewalt - auch gegen die Zivilpersonen - zu verhindern.

- 3.) Auch auf der Arbeitsstelle ist ständige scharfe Aufsicht durch deutsche Bewachungsmannschaften erforderlich. Jeder Wachmann hat sich von den Kr. Gef. immer in solcher Entfernung zu halten, dass er jederzeit sofort von seiner Waffe Gebrauch machen kann. Nie einem Kr. Gef. den Rücken kehren!
- 4.) Auch gegen den arbeitswilligen und gehorsamen Kr. Gef. ist Weichheit nicht am Platz. Er legt sie als Schwäche aus und zieht daraus seine Folgerungen.
- 5.) Bei aller Strenge und Härte bei der rücksichtslosen Durchsetzung gegebener Befehle ist deutschen Soldaten jede Willkür oder Misshandlung, vor allem die Verwendung von Knüppeln, Peitschen usw., verboten. Dies würde der Würde des deutschen Soldaten als Waffenträger widersprechen.
- 6.) Niemals darf eine bei den bolschewistischen Kr. Gef. in Erscheinung tretende scheinbare Harmlosigkeit dazu führen, dass von vorstehenden Anordnungen abgewichen wird.

93
CJ-31-33

Der Chef der Sipo und des SD

Berlin, den 12. Septem. 41

B.Nr. 21 B/41 g Rs. IV A 1 o

Geheime Reichssache!

200 Ausfertigungen

5. Ausfertigung

Staatspolizei
Zeistelle Aachen
5 Sept. 1941 Ant.
Gerb.

Betr.: Richtlinien für die in die Stalags und Dulags
abzustellenden Kommandos des Chefs der Sipo
und des SD.

Vorg.: Erlaß vom 17.7.41 B.Nr. 21 B/41 g Rs - IV A 1 c
Einsatzbefehl Nr. 8.

Anlg.: 1 geheftete Anlage.

Im Nachgang zu meinem vorbezeichneten Erlaß übersende
ich eine Ergänzung der Richtlinien für die in die Stalags
abzustellenden Kommandos der Sipo und des SD zur gefl.
Kenntnissnahme und Beachtung.

Diese Ergänzung ist im Einvernehmen mit dem OKW.-
Abteilung Kriegsgefangene - ausgearbeitet worden. Die
Kommandeure der Kriegsgefangenen - und Durchgangslager
werden durch das OKW. verständigt.

Verteiler:

An den

Kommandeur der Sipo und des SD

"

"

"

K r a k a u

R a d o m

W a r s c h a u

L u b l i n

An

alle Staatspolizei-leit-stellen

Nachrichtlich:

394
-37

- 2 -

Nachrichtlich:

An den

Reichsführer-~~W~~ und Chef der Deutschen Polizei

An den

Chef der Sipo und des SD

An die

Amtschefs I, II, III, IV, V, VI und VII

An die

Referate IV D 2 und IV D 3

An

alle Höheren ~~W~~- und Polizeiführer

An

alle Inspektoren der Sipo und des SD

An den

Befehlshaber der Sipo und des SD
im Generalgouvernement

K r a k a u

An den

Befehlshaber der Sipo und des SD
in der Westmark

M e t z

An den

Befehlshaber der Sipo und des SD
f.d. besetzten norwegischen Gebiete

O s l o.

An die

Einsatzgruppe A

Sonderkdo.	Ia
"	Ib
Einsatzkdo.	II
"	III

Einsatzgruppe E

Sonderkdo.	VII a
"	VII b
Einsatzkdo.	VIII
"	IX

Einsatzgruppe C

Sonderkdo. IV a
" IV b
Einsatzkdo. V
" VI

Einsatzgruppe D

Sonderkdo. Xa
" Xb
Einsatzkdo. XI
" XII

In Vertretung:

gez.: Müller.

Beglaubigt:



Müller
Kanzleiangestellte.

W/O

Ergänzung der Richtlinien
für die in die Stalags abzustellenden
Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD.

- 1) In den Richtlinien vom 17.7.41 habe ich wiederholt darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD ist, nicht nur die verdächtigen, sondern auch diejenigen zuverlässigen Elemente allgemein, die für den Wiederaufbau der Ostgebiete in Betracht kommen können, aufzuführen.

Ich weise erneut darauf hin, daß die eine
Aufgabe so wichtig ist wie die andere.

Um einen möglichst umfassenden Überblick über die Gesamttätigkeit der Einsatzkommandos zu erhalten, ordne ich an, daß in der angeordneten wöchentlichen Berichtersattung insbesondere die Ziffer 4 (Zahl der als unverdächtig ausgemittelten Personen) besonders zu beachten ist.

Als unverdächtig ausgemittelte Krieg gefangene, die sich vor dem im sowjetrussischen Wirtschaftsleben in leitender Position befanden, sind unter Angabe ihrer Branche und ihrer letzten Arbeitsstätte möglichst namentlich aufzuführen.

- 2) Ich weise erneut darauf hin, daß bei den zu treffenden Entscheidungen insbesondere auf die völkische Zugehörigkeit Bedacht zu nehmen ist.

Ukrainer, Weißruthenen, Aserbeidschaner, Armenier, Nordkaukasier, Georgier, Angehörige der

der Turkvölker schließlich sind nur dann als endgültig verdächtig zu bezeichnen und nach den Richtlinien weiter zu behandeln, wenn es sich bei ihnen in Einzelfälle tatsächlich um fanatisch eingestellte Bolschewisten, um Polit-Kommissare oder um sonstige gefährliche Funktionäre handelt.

Zu beachten ist, daß insbesondere die Turkvölker oftmals ein durchaus jüdisches Aussehen haben und daß die Beschneidung allein noch nicht ohne weiteres den Beweis einer jüdischen Abstammung darstellt. (z.B. Mohammedaner).

- 3) Der Begriff "Intellegenzler" darf nicht nach europäischen Gesichtspunkten ausgelegt werden.

< Der einfachste, primitivste sowjetrussische Analphabet kann in seinem politischen Fanatismus gefährlicher sein, als z.B. der sowjetrussische Ingenieur, der zwar auf Grund seines Könnens, seiner zur Schau getragenen politischen Einstellung sowjetrussische Hochschulen besuchen konnte, dessen innere Verbundenheit mit dem bolschewistischen System aber nur eine äußerliche war.

Als Intellegenzler sind vielmehr in diesem Zusammenhang die Berufsrevolutionäre, Schriftsteller, Redakteure, Komintern-Angestellte usw. in erster Linie zu betrachten. >

- 4) << Die als endgültig verdächtig ausgemittelten Sowjetrussen sind ohne Verzug - wie in den Richtlinien vom 17.7.1941 angeordnet - anher zu melden. Nach Eingang der Exekutionsbestätigung ist weiter ohne Verzug mit der Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu beginnen.

3898
-41-

- 3 -

Eine längere Verwahrung in dem betreffenden Lager ist aus naheliegenden Gründen zu vermeiden.

Schließlich weise ich erneut darauf hin, daß die Exekutionen auf keinen Fall weder im Lager noch in dessen unmittelbarer Nähe durchgeführt werden dürfen.

Es versteht sich von selbst, daß die Exekutionen nicht öffentlich sind. Zuschauer dürfen grundsätzlich nicht zugelassen werden. >>

- 5) [Ich mache den Leitern und den Angehörigen der Einsatzkommandos schließlich erneut zur besonderen Pflicht
hervorragendes Auftreten in und außer Dienst,
bestes Einvernehmen mit den Lagerkommandanten, sorgfältige Überprüfungsarbeit.]

gez.: H e y d r i c h .

Beglaubigt:



Wulfschlag
Kanzleiangestellte.

wo

Entwurf

201. B 3

Oberkommando der Wehrmacht
N. F. St. / Abt. L (IV/Cu)
Nr. 02041/41 geh.

F.H.M., den 12. 9. 1941

Geheim

Betreff: Juden in den neu besetzten Ostgebieten.

Einzelne Vorkommnisse geben Veranlassung, auf die für das Verhalten der Truppe in der UdSSR erlassenen Richtlinien hinzuweisen (OKW/WFSt/Abt.L (IV/Cu) Nr. 44660/41 g.Kios.Chefs. vom 19.5.41).

Der Kampf gegen den Bolschewismus verlangt ein rücksichtsloses und energisches Durchgreifen vor allem auch gegen die Juden, die Hauptträger des Bolschewismus.

Es hat daher jegliche Zusammenarbeit der Wehrmacht mit der jüdischen Bevölkerung, die offen oder versteckt in ihrer Einstellung deutschfeindlich ist, und die Verwendung von einzelnen Juden zu irgendwelchen bevorzugten Hilfsdiensten für die Wehrmacht zu unterbleiben. Ausweise, die den Juden ihre Verwendung für Zwecke der Wehrmacht bestätigen, sind durch militärische Dienststellen keinesfalls auszustellen.

Hievon ausgenommen ist lediglich die Verwendung von Juden in besonders zusammengefaßten Arbeitskolonnen, die nur unter deutscher Aufsicht einzusetzen sind.

Es wird gebeten, diese Anordnung der Truppe bekanntzugeben.

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
ges. K e i t e l

F. d. R.

107 2/2
Oberstleutnant d. O.

Verteilter: 115

99

65

OKH. ersucht um Lockerung des "Kommissar"-Befehls
auf Drängen der Fronttruppen
(23. September 1941)

Oberkommando des Heeres
General z.b.V. beim Ob.d.H.
Az. 501 Gen. z.b.V. b. Ob.d.H.
Nr. 516/41 g Kdos.

H.Qu., den 23.9.1941

4 Ausfertigungen
1. Ausfertigung

An

OKW / I

zu Händen des Herrn Generalmajor Warlimont.

Betr. Politische Kommissare
Bezug: OKW/WFSt/Abt. I (IV/qu)
Nr. 44 822/41 g. Kdos. Chefs.
vom 6.6.1941

Es wird gebeten, die Notwendigkeit der Durchführung des "Kommissar"-Erlasses in der bisherigen Form im Hinblick auf die Entwicklung der Lage zu überprüfen. Von Befehlshabern, Kommandeuren und aus der Truppe wird gemeldet, daß sich eine Lockerung des Kampfwillens auf russischer Seite dadurch erreichen lasse, wenn den Kommissaren, die ohne Zweifel die Hauptträger des erbitterten und verbissenen Widerstandes seien, der Weg zur Aufgabe des Kampfes, zur Übergabe oder zum Überlaufen erleichtert würde.

Zur Zeit ist es so, daß der Kommissar auf jeden Fall sein sicheres Ende vor Augen sieht; darum kämpft eine große Zahl bis zuletzt und zwingt auch die Rotarmisten mit den brutalsten Mitteln zum erbitterten Widerstand.

Gerade in der augenblicklichen Kampflage, wo bei den hohen Ausfällen, mit der Abnahme des Zuflusses von personellen und materiellen Kräften, bei der Vermischung der Verbände, der Unsicherheit der Führung Lockerungserscheinungen auf russischer Seite da und dort sich zu zeigen beginnen, könnte eine Lähmung des allgemeinen Kampfwillens durch Brechung des Widerstandes der Kommissare nicht unerhebliche Erfolge zeitigen und unter Umständen viel Blut sparen.

Die Erreichung des Zieles müßte in geeigneter Form mit propagandistischen Mitteln verschiedenster Art angestrebt werden.

Auch der Oberbefehlshaber des Heeres glaubt, daß die bevorstehenden Auffassungen, die ihm persönlich bei allen Heerestruppen vor-

getragen worden sind, vom militärischen Standpunkt aus durchaus beachtlich sind und eine Überprüfung der bisherigen Behandlungsweise der Kommissare zweckmäßig erscheinen lassen.

i.A.

gez. Müller

Handschriftl. Randbemerkung v. Jodl: "Der Führer hat jede Änderung der bisher erlassenen Befehle für die Behandlung der polit.Kommissare abgelehnt. J. 26.9."

100 347

Befehl des Stabs des OSt
Nr. 538/41 vom 24.9.41

Berlin, den 24. September 1941

Befehl des OStabs des OSt Nr. 538/41 vom 24.9.41
Befehl des OStabs des OSt Nr. 538/41 vom 24.9.41

Befehl des OStabs des OSt Nr. 538/41 vom 24.9.41
Befehl des OStabs des OSt Nr. 538/41 vom 24.9.41

In Hinblick auf meine vorhergehenden Befehle über-
nehme ich in der Anlage die von Oberkommando der Wehrmacht hier-
zu erteilten Anordnungen für die Behandlung sowjetrussi-
scher Kriegsgefangener vom 1.9.1941 bis 24.11.41
Kriegsgef. (1) Nr. 5058/41 geh. - zur gefl. Kenntnisnahme
und Beachtung. Die beigefügten Übersetzungen sind für die
Führer der Einsatzkommandos bestimmt.

8.9.41

Sollten bei Durchführung der Einberufung der mit sow-
jetrussischen Kriegsgefangenen besetzten Lager sowie der
Arbeitskommandos Schwierigkeiten irgendwelcher Art auf-
tauchen, empfehle ich, die zuständigen Wehrmachtstellen
auf die gewonnenen mit dem OSt. vorbereiteten Richtlinien
sowie auf den Befehl des OSt. vom 1.9.1941 hinzuweisen, der
10. Verteiler allen Wehrmachtsebenen zugegangen ist.

Verteiler

-43-
103

- 2 -

Verfälschung

An den

Kommandeur der Gips und des ED

•
•
•
•
•

K. K. K. K.
K. K. K.
K. K. K.
K. K. K.
K. K. K.

An

alle Staats- und Leitstellen

Rechtshilfen

An den

Reichsführer- und Chef der Deutschen Polizei

An den

Ch. F. der Gips und des ED

An die

Abteilung I, II, III, IV, V, VI und VII

An die

Referate IV D 2 und IV D 3

An alle

Leitern + und Polizeiführer

An

alle in polit. und Gips und des ED

An den

Reichlich der Gips und des ED
im Zusammenhang

An den

Befehlshaber der Gips und des ED
in der Westzone

An den

Befehlshaber der Gips und des ED

K. K. K. K.

K. K. K.

K. K. K.

- 44
104

[illegible]

10-1-1964
10-1-1964

England 1970

Handwritten signature
Handwritten text

Just. f 2.

CT 230

NO - 3420

A II

105

44

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

~~Vertraulich~~

Geheim

Berlin, den 10. Oktober 1941

Betreff: Richtlinien für die in die Stille und
Bulage abzustellenden Kommandos des Chefs
der Sicherheitspolizei und des SD.

Vorgabe: Erlasse v. 17.7., 21.7., 22.9. u. 26.9.41
Nr. 1 B/41 u. a.

Anlage: 1 Anlage.

In Nachgang zu meinen vorherbezeichneten
erlassenen Bescheiden ist in der Anlage eine vom Reichs-
ministerium für die besetzten Ostgebiete herausgegebene
Thesenreihe über die Völker und Volksgruppen der Sow-
jetunion zur refl. Kenntnisnahme und Beachtung. Die
beigefügten Übersetzungen sind für die Führer der
Einsatzkommandos bestimmt.

Mit Hinblick auf die Feststellung und Ausson-
derung der Juden weise ich darauf hin, daß nach den
über einstimmenden Aussagen verschiedener Gefangener
die Juden in der Sowjetunion seit 1920/21 teilweise
nicht mehr beschritten worden, um ihre Aussonderung
zu erleichtern.

Ich bitte, die Führer der Einsatzkomman-
dos in Kenntnis zu setzen.

Verteiler:

Verteilung:

An den
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD
in Krakau

An den
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD
in Lódz

An den
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD
in Warschau

An den
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD
in Lublin

An den
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD
in Flensburg

An
alle Staatspolizei-leitstellen

Nachrichtliche:

An den
Reichsführer- und Chef der Deutschen Polizei
in Berlin

An die
Abteilungen I, II, III, IV, V, VI und VII

An die
Referat IV D 2, IV D 3 u. IV D - ausl. Arbeiter-

An den
Gruppenleiter IV D - i.O. Stabf. Dr. Weimann -

An alle
Haupt- und Polizeiführer

An alle
Inspektoren der Sicherheitspolizei und des SD

An den
Kommandeur der Sicherheitspolizei u.d.SD
Generalgouvernement Krakau

An den
Referatschef der Sicherheitspolizei und des SD
in der Weimark Hets

An den
Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD
in Osló

107

-3-

An die
Ministergruppe A
An die
Einzelgruppe B
An die
Einzelgruppe C
An die
Einzelgruppe D

In Vertretung:
Gen. Müller



NO-3420

NO-3420

12

Handschrift

Der Reichsminister
für die besetzten Gebiete
Hauptabteilung II (Politik)

Berlin, den 20. September 1941

Völker und Völkergruppen
.....

der Sowjetunion
.....

Völker und Völkchen von

der Sowjetunion.

Die Völker der Sowjetunion setzen sich im wesentlichen aus den folgenden Gruppen zusammen:

- I. Volksdeutsche
- II. Russen
- III. Ukrainer
- IV. Georgianer
- V. Asiatische Völker; zu diesen gehören:

- 1. Abchasen
- 2. Aysoi
- 3. Armenier
- 4. Aserbaidschaner
- 5. Dalkaren
- 6. Tadschiken
- 7. Osseten
- 8. Inguschen
- 9. Kabardier
- 10. Karatschauer
- 11. Tschetschenen
- 12. Dardan
- 13. Cossaken
- 14. Tschetachenen

- VI. Türkischstämmige Völker; zu diesen gehören:

- 1. Tataren
- 2. Kirgisen
- 3. Kasachen
- 4. Usbeken
- 5. Turkmänen
- 6. Dschesen

NO-3420

109

-2-

VII. Volker des russischen Reichs zu diesen gehören:

1. Kaschaken
2. Komi (Syrjanen) und Permjakon
3. Keri (Tschukotken)
4. Nordwinen
5. Tataren (Türk-Tataren)
6. Tschukotschen
7. Udmurten

VIII. Volker des britischen Reichs zu diesen gehören:

1. Esten
2. Letten und Lettgallen
3. Litauer

IX. Zinnen

Karelier

X. Mancholen aus der mongolischen Mongolen sind:

Burjaten und Kalmuken,
darüber hinaus nicht wesentlich aufge-
baute kleine Gruppen von in Sibirien
stehenden Stämmen

XI. Russen
Polen
Griechen

-3-

Kurze Erläuterungen

über

die Völker der Sowjetunion.

Abchassen

Anzahl: 58.969. Kaukasusvolk, tscherkessischer Stamm unter georgischen Einfluß, teils orthodox, teils Mohammedaner.

Adygien (Tscherkessen)

Anzahl: 87.973. Kaukasusvolk, tscherkessischer Stamm, in Besten in der Gegend von Maikop siedelnd (vgl. das über die tschetschenen Gesagte).

Armenier

Anzahl: 2.151.444. Kaukasusvolk. Volk alter christlicher Kultur (eigene armenisch-gregorianische Kirche), national bewußt; früher das Handelsvolk des Kaukasus. In armenischen Hochland, vor allen in Erzbag, bäuerliches Volk.

Aserbaidschaner

Anzahl: 2.274.405. Kaukasusvolk, Mohammedaner (Schiften), seit dem 15. Jahrhundert persisch-türkischen Einflüssen unterworfen, heute daher turksprachig. Neben Georgiern und Armeniern das zahlreichste Volk in Kaukasien.

Dalgarer

Anzahl: 33.307. Kaukasusvolk, Mohammedaner, Turkdialekt sprachend, (vgl. das über die tschetschenen Gesagte).

Taschkaraner

Anzahl: 842.925. Wolga-Volk. Siedlungsgebiet: westlicher Teil, mit dem Volk tatarisch sprachlich und kulturell eng verbunden. Mohammedaner.

Bulgarer

Anzahl: 113.440. Als bäuerliche Kolonisten vor 150 Jahren aus. Bulgarien gerufen. Geschlossene Bauernkolonien an der Wolga etc.

Burjaten.

Anzahl: 250.000. Mongolischer Stamm, Halbnomaden, nördlich des Baikalsees; Buddhisten, zum Teil orthodox. Stark ins Russentum übergehend.

Balkanvölker.

Anzahl: 700.000. Kaukasusvölk. Eine Reihe von kleinen Volksstämmen wie Lesgier, Awarer, Lakon, im kaukasischen Hochland, mit unterschiedlichen Sprachen, aber einheitlicher Kultur und Tradition; kolonialer, ausgesprochen russengefeindlich.

Deutsche (Vol. deutsche)

Anzahl: 1.425.000. Deutsche deutsche Siedlungen sind zu treffen in Schwarzmeergebiet (Südrußland), in der Volga-Deutschen Republik, in Kaukasus, um Astrachan und in kleineren Gruppen in Sibirien und Turkestan. Die deutschen Siedlungen zeichnen sich durch bessere Wirtschaft und Stabilität vor ihren fremden Nachbarn aus. Bewahrt Bauern, Erhaltung ihrer deutschen Mundart und Kultur. Die städtische Deutschen in Moskau, Petersburg und anderen Städten in letzter Zeit stark der Russifizierung ausgesetzt. Volksdeutsche Bauern dürfen als ein ausgeprägtes antibolschewistisches Element angesehen werden.

Balten

Anzahl: 1.141.455. Volk des baltischen Raumes. Verbreitungsgebiet: Lettland und kleine Gruppen in der Sowjetunion. Zum größten Teil evangelisch, germanisch beeinflusstes Bauernvolk, in den gelebteren Schichten infolge der 20-jährigen Unstetlichkeit bewacht national. Dank der Befreiung von Bolsch. ist heute deutschfreundlich eingestellt.

Finnen

Anzahl: 150.000.31. Hauptgebiet: Ingermanland. Evangelische Lutheraner und Fischer, an den Küsten des Finnischen Meerbusens. Zu den Finnen sind zu rechnen Ingrier und Voten.

Georgier

Anzahl: 2.748.555. Kaukasusvolk in Georgien, darüber hinaus in ganz Kaukasien. Zu ihnen gehören auch Mingrelier, Osmanen und Lazen; griech.-orthodox; ein Volk alter ziviler Kultur, zählt zur Urbewölkerung des Kaukasus. National bewußt, mit europäischen Traditionen und im allgemeinen starker Sympathie für Deutschland.

Osseten

Anzahl: 205.000. Als ehem. Händler und Bauern an den Schwarzmeerküsten, vor allem in Schwarzmeers-Stationen, verbreitet. Zum Teil levantinischer Typ.

Tschechen

Anzahl: 92.074. Slawenvolk, ein den Tschechen eng verwandter baltischer Stamm (vgl. das über die Tschechen Gesagte).

Armenier

Anzahl: 164.105. Kaukasusvolk, Armenier, tschechen-slawischer Volksstamm (vgl. das über die Tschechen Gesagte).

Kasachen

Anzahl: 174.337. Nomadenvolk mongolischer Sprache und mongolischen Typs, in den Steppen östlich der Ural-Linie der Wolga, also auf europäischen Gebiet; Kasachen mit eigener Literaturverfassung.

Kasachen

Anzahl: 185.775. Turkestanisches Volk, turksprachig, mohammedanisch, die vor kurzen Halbnomaden, heute zum größten Teil swangereise amüßig genutzt als Baumwollbauern.

Kaukasier

Anzahl: 55.173. Kaukasusvölk, mohammedaner, turkidielkt sprechend (vgl. das über die Kachetschenen Gesagte).

Karelier

Anzahl: 252.559. Ostfinnischer Stamm, in Ostkarelien und im Gebiet um Tuen (Zalima). Im Gegensatz zu den Finnen orthodox, mit der finnischen Kultur eng verbunden. Bauernvolk mit ausgeprägt antirussischer Haltung. Zu den Kareliern sind auch die Wepsen zu rechnen.

Kirgisen

Anzahl: 9.000.791. Turkestanisches Volk, turk sprachig, mohammedanisch, zum größten Teil nomadische Viehzüchter, die unter der Swangereisiedlung in den letzten Jahren sehr gelitten haben. Alte Sippenorganisation und Tradition noch erhalten. Mongoloide Einschläge. Im allgemeinen antirussisch eingestellt.

Kirgisen

Anzahl: 804.906. Turkestanisches Volk, turksprachig, mohammedaner (vgl. das über die Kirgisen Gesagte).

Komi (Syrjänen) und Permjaken

Anzahl: 559.212. Wolga-Ural-Völk, Nordfinnischer Stamm, Verbreitungsgebiet: Flusgebiet der Petschere, primitives Jäger- und Fischervolk.

Kubanier

Anzahl: 94.549. Kaukasusvolk, turksprachig. Verbreitungsgebiet: Nordkaukasus, insbesondere Dagestan. Türkisch ist die verbreitetste Sprache in Nordkaukasus.

NC-3420

115

Р. Р. Р. Р. Р. (Молдаване)

Anzahl: 2.274.100. In Bessarabien und zu kleinen Teilen in ukrainischen Steppengebieten als primitive Bauern siedelnd. Nationalgefühl wenig entwickelt. Orthodox.

Русские

Anzahl: 99.378.199. Verbreitungsgebiete: die gesamte Sowjetunion, da als ehem. Staatsvolk besonders gefördert; kompakte Siedlungen größten Ausmaßes in Zentralrussland, in Uralgebiet und in Westsibirien. Russisch-orthodox und Sektar. Russisch vorwiegend estnisch. Die Russen sind aus einer Verschmelzung slawischer Stämme mit Ostfinnen entstanden. Durch Aufhebung rassenfremder Elemente aus dem ehem. russischen Herrschaftsgebiet vor allem in den führenden Schichten russisch sehr stark vereinsamt.

Татары

Anzahl: 1.228.954. Turkestaniisches Volk iranischer Sprache und iranischen Typs, zum Teil helläugig; alte Kultur, Mohammedaner, in enger Verbindung mit den turksprachigen Uzbeken siedelnd, daher sich gegenseitig beeinflussend. Antirusisch eingestellt.

Удмурты

Anzahl: 6.302.336. Wolga-Ural-Volk. Hauptsiedlungsgebiet mittlere Wolga und Ural, darüber hinaus über das ganze Wolga-Gebiet und Westsibirien verstreut. Turksprachiger Stamm, vermutlich Finnen von der alten Färbung, mit finnischen Miteinschlag, daher häufig blond und helläugig. Mit den geschichtlichen Tatern Bezeichnung Name nichts außer dem Namen gemein. Mohammedaner, bäuerliches Volk, national bewusst, vermutlich wenig bolschewisiert. Bedeutendstes nichtrussisches Volk des Wolga-Ural-Gebiets.

Чуваши

Anzahl: 407.690. Finnen-Volk; früher in Vorland des Kaukasus siedelnd, heute von den Russen ins Gebirge zurückgezwungen. Führen zur Urbewölkerung des

... akous; lehnen; ... durch Altüberkon ...
Sitten, die z.T. der ... überdauert haben, streng
von den ... unter ...

Zschuwanen

Anzahl: 1.977.930. Russisches turksprachiges Volk in Volgagebiet,
östlich Nishni Nowgorod (Gor.) in geschlossenen Sied-
lungen.

Turken

Anzahl: 811.769. Turkestanisches Volk, turksprachig, aber russisch
durch Lebensweise und höheren Körperwuchs von Us-
beken und Kasachen unterschieden; sehr kriegerisch. Z.T.
Kavaden, z.T. Baumwollbauern. In kleiner Gruppe in Kauka-
sus anzutreffen. Kalmücken.

○

Ukrainer

Anzahl: 96.299.104. Verbreitungsgelände: Ukraine, darüber hinaus als
bauerliche Siedler in Volgagebiet, Nordkaukasus, Sibirien,
griech.-osman. teils griech.-osman. (soweit aus Galie-
sien). Vorwiegend bauerliches Volk. Der städtische Be-
völkerungsteil unterliegt stärkerem russ. Einfluß.

Usbeken

Anzahl: 4.844.071. Turkestanisches Volk, turksprachig, schrift-
bauer u. Statter alter Kultur mit ausgeprägten Eigen-
bewusstsein, ... Als ... Volk Tur-
kestan starke Einflüsse auf die anderen turkestanischen
Stämme. Im russischen Typ den Persern v. ... in Ver-
bindung mit den Kasachen zu eilen mongolische Einschläge
aufweisen.

○

Finnen (Wetjen)

Anzahl: 605.673. ...-Volk, ... Stamm, Bauernvolk.
in ... (v. ... die).

Polen

Anzahl: 6.423.571. Verbreitungsgelände: ... der ... des ...
und ... Zu 4/5 orthodox, 1/5 ...; ... bäu-
erliches ... Volk, ... durch die Unterdrückung durch
Russen und Polen in ... nationalen ... stark
gehört ist.

